



Menschen machen Frieden.

Rundbrief 1/2007 der Bistumsstelle Augsburg

Europa:

Militärisch oder Zivil





Der neue pax christi Augsburg Vorstand mit zwei Beiräten ab 2007
(v.l.n.r. : Jost, Barbara, Christoph, Michael, Siegfried, Christian, Edith)

Herausgeber:
pax christi – Bistumsstelle Augsburg
pax christi – Diözese Augsburg e.V.
Ottmarsgässchen 8
86152 Augsburg

Tel.: 0821 517751
Fax: 0821 450632
e-mail: pc.augsburg@gmx.de
Internet: www.augsburg.paxchristi.de

Bürozeiten: Montag: 9:00 – 12:00 Uhr
13:00 – 16:00 Uhr

Donnerstag: 9:00 – 12:00 Uhr

Ansprechpartner: **Friedensreferent Christian Artner-Schedler**

Bankverbindungen: **Liga Bank Augsburg**
BLZ 750 903 00
Konto-Nr.: 140490 pax christi Bistumsstelle
(Mitgliedsbeiträge)
Konto.-Nr.: 145190 pax christi Diözese Augsburg e.V.
(Spenden)

In der Regel erscheinen jährlich zwei Rundbriefe (März/Oktober).
Artikel, Leserbriefe, Berichte, Infos sind jederzeit erwünscht.



Inhaltsverzeichnis

Geistliches Wort	Visionen...	4
Thema	Europa – Militärisch oder Zivil?	
	Fragen an Politiker zur EU Verfassung	5
	Juristische Voraussetzungen...	19
	Kritik und Alternativen	23
	Unsere Visionen	26
aus der Bistumsstelle	Bericht des Sprechers	29
	Inhaltliche Planung	31
	Anträge zur Diözesanversammlung	33
	Brief an die Abgeordneten zum Thema:	35
	Tornado-Einsatz in Afghanistan	
	Offener Brief an Bischof Dr. Walter Mixa	36
	20 Jahre pax christi Diözese Augsburg e.V.	37
	Verabschiedung von Josefa und Hildegard	39
	Vorstellungen Barbara Emrich, Sprecherin, und Edith Neidlinger, neue Beirätin	43
	Interreligiöser Dialog	45
	Gebet: Wenn uns das Leben.....	46
aus den friedens räumen	365 Orte im Land der Ideen	47
	Projekt Patenschaften	49
aus den Basisgruppen	Sonthofen	50
aus den Sachgruppen	Israel-Palästina	51
zur Diskussion	Wo stehen wir heute?	53
Gelöbnis	pax christi USA	58
Materialien	Buchempfehlungen	60
Vorschau	Friedenslauf, neue pax christi Homepage	63
Termine	zu Veranstaltungen etc...	66
Adressen	pax christi Bistumsstelle etc.....	67

V.i.S.d.P.: Christian Artner-Schedler
Beiträge zum Thema: Sachgruppe Soziale Verteidigung
Photos: privat
Gestaltung und Seiten-Layout: Sascha Joch
Druck: Pinus-Druck, Augsburg

Dieser Rundbrief ist auf Recycling-Papier aus 100% Altpapier gedruckt



Visionen und die Schwierigkeit eines neuen Lebensstils

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi,

beim Durchblättern von alten Publik-Forum Heften stieß ich auf einen Artikel „Jesus lebt nur, wenn auch sein Bruder Marx lebt“ (Heft 4/99). Der Verfasser Andre Brie macht sich Gedanken über den brisanten Zustand unserer Erde, über Kriege, Zerstörung von Lebensquellen und Umwelt, Armutsgefälle, Klimagefährdung.

Waren es nur Utopien im Sinn von nicht und nirgends zu verwirklichenden Ideen, die Moses in seinen zehn Geboten, Jesus in der Bergpredigt und Marx in seiner Kapitalismuskritik vertraten? Der Verfasser kommt zu einer ziemlich negativen Einschätzung der Geschichte der Menschheit, in der weder Mose mit seinem „du sollst nicht morden“ sich durchgesetzt hat, noch Jesus mit seiner Feindesliebe, noch Marx, der „alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist“, umwerfen wollte. Auch wenn Brie im Blick auf die heutige Menschheit nicht so zuversichtlich ist, dass angesichts des Klimawandels ein schnelles Umsteuern angesagt ist, hält er an der Bedeutung von Visionen fest.

Mich ärgert es, wenn jetzt schon wieder Politiker und Wirtschaftsleute beschwichtigend die alarmierenden Aussagen der doch sonst so gepriesenen Wissenschaftler herunterspielen, kaum dass ein heilsames Erschrecken etwas Fuß gefasst hat. Man spürt, dass ein neuer Lebensstil angesagt ist und zuckt zurück. Anders als im Kino mag man es nicht wirklich denken, dass die Menschheit ausgelöscht werden

könnte, durch atomare Entfesselung, Verseuchung von Gewässern und Boden, Überflutung und Dürre. Man mag Kritik am Konsumismus und seinen Auswirkungen nicht hören, besonders wenn sie aus der falschen Ecke kommt wie von einem ehemaligen RAF Terroristen, der - wenn er auch in seiner Ausdrucksweise seinem Namen Klar keine Ehre macht - von der Entfremdung durch das Kapital spricht. Warnt nicht schon Jesus davor, dass der Mensch durch die Gier nach immer mehr Besitz seine Seele verlieren kann? Götze Wirtschaftswachstum! Den reichsten 2 % der Weltbevölkerung gehört das halbe Privatvermögen rund um den Erdball. Verteidigung der eigenen Privilegien ist angesagt angesichts der Verknappung von Öl und Wasser. Wie verträgt sich Jesu Vision von einer Tischgemeinschaft zwischen den Menschen/Völkern mit den Bestrebungen der Völker/Staatenblöcke, sich mit Gewalt Stücke vom Ressourcenkuchen zu sichern? Macht die EU dabei eine gute Figur? Wie nahe steht sie der Vision Jesu von einem gewaltlosen Miteinander? Wie nahe der Vision, einander in der Weltgemeinschaft zu dienen?

„O dass ihr erkannt hättet, was euch zum Frieden dient!“ sagt Jesus angesichts der Stadt Jerusalem. Jerusalem hat es damals nicht erkannt. – erkennt es Jerusalem/„Jerusalem“ heute?

Siegfried



Fragen an die schwäbischen Abgeordneten zur EU-Verfassung

1. Die Verabschiedung des europäischen Verfassungsvertrages ist 2005 gescheitert. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft soll der Prozess nun wieder aufgenommen werden.

Frage: Wie soll es formal und inhaltlich weitergehen? Wie sieht der zeitliche Rahmen aus?

Dr. Georg Nüßlein: (CSU) Das ist aus meiner Sicht weitgehend offen. Ich glaube nicht, dass wir unter demokratischen Gesichtspunkten den alten Text wieder zur Verabschiedung bringen können.

Dr. Christian Ruck: (CSU)

Der Verfassungsprozess ist eine Frage des Rechts, aber auch eine Frage der Begeisterung und der Überzeugung. Daher hoffe ich, dass die nun anstehenden Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Römischen Verträge – der europäischen Einigung – wieder Staaten und Bürger darauf aufmerksam machen, welch großer Erfolg die europäische Einigung historisch betrachtet geworden ist. Ich erwarte, dass diese Besinnung Europa und der Ratspräsidentschaft unter der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wieder den nötigen Rückenwind gibt und sich auf die schwierigen Aufgaben der Zukunft besinnt, die wir nur gemeinsam in einem einigen Europa lösen können. Die unterschiedlichen Positionen und Vorschläge der Europäischen Mitgliedstaaten zum weiteren Umgang mit der Verfassung werden unter deutscher Ratspräsidentschaft zur Zeit zusammengetragen. Bis zum kommenden EU-Gipfel im Juni wird sich zeigen, welche Eckpunkte festgelegt werden können und eine Mehrheit finden können. Davon abhängig ist auch die weitere Ausgestaltung des zeitlichen Rahmens.

Gabriele Fograscher (SPD): Orientierung am ersten Verfassungsentwurf, zeitlicher Rahmen nicht vorgegeben.

Der europäische Verfassungsvertrag sieht die notwendigen inneren Reformen vor, um die Zukunftsfähigkeit der größer gewordenen Europäischen Union zu gewährleisten. Die deutsche Präsidentschaft wird ausführliche Konsultationen mit allen EU-Partnern und den Organen der EU führen und mit Nachdruck darauf hinarbeiten, gemäß den Beschlüssen auf europäischer Ebene den Reformprozess der EU fortzusetzen.

Claudia Roth, Elkin Deligöz (Die Grünen):

Es ist richtig, seit den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden liegt der Vertrag über eine Verfassung für Europa auf Eis. Wir sind davon überzeugt, dass die Neuordnung der EU-Strukturen dringend in Gang gesetzt werden muss. Denn die Europäische Union braucht demokratische und effiziente Strukturen, transparente Verfahren und einen starken Schutz der Grund- und BürgerInnenrechte. Die EU braucht strukturelle Reformen für die sozial gerechte und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung, den Kampf gegen den Klimawandel, die Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa bietet eine gute Grundlage für die notwendigen Reformen und für die Stärkung und Dynamisierung des Integrationsprozesses.

Mittlerweile haben 18 EU-Mitgliedstaaten – davon zwei per Referendum – ratifiziert. Neun taten dies nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden. Damit haben zwei Drittel der 27 Mitgliedstaaten, die eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger repräsentieren, den Verfassungsvertrag ratifiziert. Vier weitere Mitgliedstaaten haben mehrfach signalisiert, dass sie den Verfassungsvertrag in seiner jetzigen Form ratifizieren wollen.

Bündnis 90/Die Grünen schlagen vor, den vorliegenden Verfassungsvertrag in zwei Teile aufzuspalten:

- ↳ In einen Grundlagenvertrag, der die Grundrechtecharta enthält und die Ziele und Werte der EU sowie die institutionellen Regelungen definiert;
- ↳ sowie in einen Reformvertrag mit detaillierten Regelungen für die einzelnen Politikbereiche.

Wesentlich ist, dass die Substanz des Verfassungsvertrages gewahrt bleibt und die EU handlungsfähiger, demokratischer und transparenter wird. Über Zusatz-

protokolle wollen wir schließlich eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Klima-/Energie- sowie in der Sozialpolitik möglich machen.

Es ist zentral, dass diese Neuordnung der EU-Strukturen noch vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 abgeschlossen ist. Denn die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was bis 2014 zur Wahl steht.

**Markus Ferber:
(MdEP)**

Die Deutsche Ratspräsidentschaft hat sich zum Ziel gesetzt, den Prozess neu anzustoßen. Es müsse ein Schritt in eine neue Phase gegangen werden.

Es muss mit den Ländern gesprochen werden, die bereits ratifiziert haben, wie das weitere Vorgehen sein kann.

15 Mitgliedstaaten haben den Vertrag bereits ratifiziert. Diese Entscheidungen können nicht übergangen werden.

Eines steht jedoch fest: Die Europäische Union braucht eine Reform der Institutionen und der Entscheidungsprozesse. Die rechtlichen Vorschriften werden den Arbeitsabläufen in einer erweiterten Union mit 27 Mitgliedstaaten nicht mehr gerecht.

Nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat sich Europa eine Phase der Reflexion verordnet. Mängel, gemachte Fehler und Probleme sind analysiert worden. Verschiedene Modelle, wie der Verfassungsvertrag wieder mit Leben erfüllt werden kann, sind diskutiert worden. Die Vorschläge reichten von einer ganz neuen Debatte bis hin zur Übernahme von unstrittigen Teilen.

Um der Debatte eine Struktur zu geben, hat die Bundesregierung als Ratspräsidentschaft das Ziel gesetzt, bis Juni 2007 eine Einigung über den weiteren Zeitplan zu erreichen. Bis 2009 soll der Verfassungsvertrag in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

2. In Artikel I-41 (3) verpflichten sich die Mitgliedstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Zusätzlich wurde bereits eine Verteidigungsagentur zur Optimierung und Koordinierung der militärischen Kapazitäten geschaffen. Damit zeigen sich unseres Erachtens deutliche Tendenzen zu einer Militarisierung der EU. Auf der anderen Seite sehen wir keine konkreten Ansätze für zivile Methoden der Konfliktbewältigung.

Dies scheint uns im Widerspruch zu stehen zu dem erklärten Verfassungsziel in Artikel I-3(1) „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“.

Frage: Stimmen Sie uns in dieser Einschätzung zu? Welche Möglichkeiten sehen Sie, der zivilen (nichtmilitärischen) Konfliktbearbeitung Vorrang einzuräumen?

Dr. Georg Nüßlein (CSU): Wir brauchen eine gemeinsame Außen- und Sicherheits-Politik (GASP), allerdings nicht nur im Sinne militärischer Konfliktbearbeitung – ganz im Gegenteil.

Dr. Christian Ruck (CSU):

Der Vorsatz – nicht die Verpflichtung –, die militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern, werden deshalb explizit angesprochen, weil sie derzeit noch weit von einer ordentlichen Organisation entfernt sind. Die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zielt zudem nicht auf zusätzliche Aufrüstung, sondern auf die bessere Verzahnung der vorhandenen Mittel, um nationale Alleingänge zu unterbinden, Überkapazitäten abzubauen, arbeitsteilig zu agieren und somit letztendlich vielleicht sogar die Verteidigungsausgaben zu senken.

Die konkreten Ansätze für die zivilen Methoden der Konfliktbewältigung sind hingegen auf europäischer Ebene schon sehr weit entwickelt und seit langer Zeit wichtiger Bestand der operationellen Alltagsarbeit der Kommission, der Ratsgremien und des Europäischen Parlamentes.

Die Konfliktbearbeitung, aber viel wichtiger noch die Konflikt-Prävention, sind ein wichtiges Element der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit, deren Grundstein nun auch schon vor 50 Jahren bei Unterzeichnung der Römischen Verträge gelegt wurde. Damals wurde die privilegierte Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) begründet und in den Folgeverträgen von Jahounde und zuletzt Cotonou stets weiterentwickelt.

Die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten macht einen großen Teil der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit insgesamt aus, die mit den Mitteln der einzelnen Mitgliedstaaten zusammen ca. 50 Prozent der weltweiten Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit ausmachen. Der Beitrag, den diese Kooperation zum Frieden in der Welt leistet, ist nicht gering zu schätzen.

Die Ambition, die militärischen Fähigkeiten zu verbessern, hat nicht das Ziel, militärische Angriffe zu ermöglichen, sondern dient vor allem dazu, durch militärische Intervention in Krisengebieten Sicherheit und Stabilität zu schaffen, um Entwicklung zu ermöglichen. Der letzte Einsatz von europäischen Truppen zur Sicherung demokratischer Wahlen im Kongo ist ein guter Beleg dafür. Daher kann ich Ihre Einschätzung, dass die europäische Politik nicht in Einklang mit dem Verfassungsziel von Frieden und Wohlergehen steht, nicht teilen. In Ihrer Frage implizieren sie jedoch auch die Einschätzung, dass die zivile Konfliktbearbeitung gestärkt werden muss. Dieser Einschätzung stimme ich voll und ganz zu.

Zu diesem Zwecke müssen die vorhandenen Instrumente und die verschiedenen Politiken der einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber den Konfliktparteien im Allgemeinen besser verzahnt werden. Denn nur eine kohärente Anwendung der Instrumente und der kohärente diplomatische Druck aller Mitgliedstaaten zusammen können Konfliktparteien zum Einlenken bewegen.

Die Europäische Union als supranationale Organisation mit einer 50-jährigen Erfolgsgeschichte ist zudem Vorbild und Unterstützer beim Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen, wie der Afrikanischen Union. Durch diese Strukturen sollen lokale Konfliktlösungsinstrumente und die Sicherheitsarchitektur in Afrika gestärkt werden, damit die betroffenen Staaten und Völker selber die Kapazität aufbauen, um Konflikte zu lösen.

Bei der Beilegung von Konflikten im außereuropäischen Raum – insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten – kann die staatliche Zusammenarbeit häufig nur einen geringen Beitrag leisten. In diesem Falle ist die Politik bei uns vor allem auf die wichtige Arbeit von Nicht-Regierungs-Organisationen angewiesen, die sich nicht für oder gegen den Staat im Konflikt richten müssen. Hier kommt vor allem den Kirchen und ihren Hilfsorganisationen eine ganz entscheidende Rolle zu. Sie verfügen über leistungsfähige Strukturen und über die nötigen Kontakte, um in Konflikten zu vermitteln oder das Leid zu mindern.

Grundsätzlich zeigt die Erfahrung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und aktuell vor allem in Afghanistan, dass militärische Einsätze und zivile Entwicklungspolitik sich gegenseitig bedingen. Es ist daher verkehrt, die beiden Politikbereiche gegeneinander auszuschalten. Nur in einem sicherheitspolitisch stabilen Umfeld kann ein Wiederaufbau zerstörter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen gelingen und nur durch den Erfolg dieses Wiederaufbaus kann lang-

fristig die Konfliktursache beseitigt werden. Es kommt also vor allem darauf an, die beiden Politikfelder – und den Aufbau von Polizei und Justiz miteinander zu verknüpfen und einen umfassenden Konfliktbearbeitungsansatz zu bilden, um Frieden zu schaffen und Frieden zu sichern.

Gabriele Fograscher: Ich teile Ihre Einschätzung nicht. Die EU tritt bereits bei vielen Konflikten gemeinsam auf. Ziel der EU ist der zivile Aufbau in Krisenregionen. Das wird so bleiben.

(SPD)

Es ist aber sinnvoll, eine Europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen. Diese Politik steht unter dem Motto „Krisen vorbeugen, Konflikte lösen“. Zu der Förderung der europäischen Wertegemeinschaft gehört auch deren Verteidigung.

Als Beispiele darf ich nennen: Concordia in Mazedonien (2003), EUFOR – Aufbau von Polizeikräften in Bosnien-Herzegowina (2004); Absicherung der Wahlen im Kongo (2006), Polizeimission zur Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde, Aufbau des Rechtsstaates in Georgien, Beobachtermission in Aceh Ost-Timor, Unterstützung der afrikanischen Union zur Befriedung der sudanesischen Region Darfur.

Dabei verfolgt die ESVP einen Ansatz, der zivile und militärische Mittel miteinander verbindet. Sämtliche laufende und abgeschlossene Missionen erfolgten auf Anfrage der UN oder der betroffenen Staaten. Sie sind somit international legitimiert.

Claudia Roth, Elkin Deligöz (Die Grünen):

Die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein Prozess, der nicht mit dem Verfassungsvertrag begonnen hat, sondern der sich vom Vertrag von Maastricht über Amsterdam und Nizza bis zum heutigen Tage immer weiter entwickelt hat.

Dahinter steht die Überzeugung, dass Europa nur gemeinsam wirklichen Einfluss im Rahmen der internationalen Gemeinschaft ausüben kann und seine spezifischen Ansätze, wie dem eines erweiterten Sicherheitsbegriffs oder des gleichberechtigten Nebeneinanders ziviler und militärischer Fähigkeiten, nur gemeinsam Geltung verschaffen wird.

Die relativ vage Bestimmung, dass sich die Mitgliedstaaten verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern, [1-41 (3)] halten wir für überflüssig. Zumindest hätten wir auch erwartet, dass es eine vergleichbare zivile Verpflichtung gibt. Aus unserer Sicht ist das aber noch kein hinreichender Grund, der EU-Verfassung Militarisierungstendenzen zu unterstellen und sie abzulehnen. Jeder Staat wird behaupten und nachweisen können, dass er in den vergangenen Jahren seine militärischen Fähigkeiten schrittweise verbessert hat. Wenn man sich die zahlreichen Bekenntnisse und schleppenden Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte in diesem Bereich vor Augen hält, und im Hinterkopf hat, dass Verteidigungsfragen immer noch nationalstaatliche Fragen sind, wird deutlich, dass es sich hier um einen (rechtlich unverbindlichen) Appell und nicht um eine Aufrüstungsverpflichtung handelt.

Das gilt auch für die Frage, ob die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur unbedingt im Verfassungsvertrag stehen muss. Die Verteidigungsagentur ist inzwischen bereits aufgebaut und zwar auf der rechtlichen Grundlage der jetzigen Verträge. Die Aufgabe einer stärkeren Koordinierung und Abstimmung des Bedarfs und der Beschaffungen halten wir für sinnvoll und wünschenswert. Auch das hat nichts mit Militarisierung zu tun. Denn jeder der 27 Mitgliedstaaten unterhält nach wie vor seine eigenen Streitkräfte und eigenen Rüstungskapazitäten. Arbeitsteilungen und das Zusammenlegen oder Poolen von Fähigkeiten sind selten. Vielfach sind diese Streitkräfte schon auf Grund unterschiedlicher technischer Standards nicht in der Lage zusammenzuarbeiten. Das bedeutet auch: Die europäischen Staaten geben mehr Geld für Verteidigung aus als nötig. Mit der Europäischen Verteidigungsagentur wird ein erneuter Anlauf unternommen, diese Ineffizienz schrittweise zu beseitigen. Dies wird Jahrzehnte dauern, aber es wird militärische Überkapazitäten abbauen und, gesamt-europäisch betrachtet, Verteidigungsausgaben einsparen helfen.

Für den Vorrang der zivilen und nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung hätte man sich wünschen können, dass es nicht nur eine Verteidigungsagentur gibt, die die militärischen Fähigkeiten verbessert, sondern auch eine zivile Agentur für die zivilen Bereiche der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings muss man bedenken, dass die bis vor wenigen Jahren eine reine „Zivilmacht“ war, d.h. alle bisherigen EU-Institutionen zivilen und nichtmilitärischen Charakter haben. Die EU hat mit dem sicherheitspolitischen Komitee und den

zivilen Headline-Goals auch im zivilen Bereich erkannt, dass man Fähigkeiten systematisch aufbauen muss. Die Schaffung eines auswärtigen Dienstes und die Benennung eines Außenministers der EU sind weitere wichtige operative Schritte in diesem Bereich. Weiterhin ist auf die wirklich hervorragenden außenpolitischen Zielbestimmungen hinzuweisen, wie sie in Artikel I-3 (4) oder Artikel II-40 (1) festgeschrieben sind und die so ebenfalls in keiner anderen Verfassung zu finden sind. (siehe 3.)

**Markus Ferber:
(MdEP)**

Die Bürger Europas erwarten zu Recht Antworten auf die gewachsene Bedrohung durch den Terrorismus. Daraufhin sind in den Verfassungsvertrag besondere Vorschriften über eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgenommen wurden. Sämtliche Beschlüsse im Rahmen von Art. I- 41 des Entwurfes sind durch ein einstimmiges Votum der Mitgliedstaaten zu treffen. Über diesen Mechanismus werden nationale Einzelgänge ausgeschlossen und sichergestellt, dass die Mitglieder der EU über diese Fragen in einen Dialog treten.

Die 2004 auf Beschluss durch der Staats- und Regierungschefs eingerichtete Europäische Verteidigungsagentur hat den Auftrag, den Rat und die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten der Europäischen Union im Bereich der Krisenbewältigung sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu unterstützen. Schwerpunkt ihrer Aufgabe ist die Koordinierung der Verteidigungsbemühungen und der Schritte zur Krisenbewältigung in den Mitgliedstaaten.

- 3. Alle europäischen Staaten unterliegen dem Gewaltverbot der UN-Charta (Art. 2 (4)). In der UN-Charta sind Ausnahmen vom Gewaltverbot vorgesehen nur im (enggefassten) Selbstverteidigungsfall oder aufgrund einer Resolution des Sicherheitsrates. Unser deutsches Grundgesetz beinhaltet**

zudem in §26 das Verbot eines Angriffskrieges. Dem gegenüber regelt der Verfassungsvertrag mit großer Detailgenauigkeit, welche Ziele europäische militärische Interventionen verfolgen können (in Art. III-309(1)), und geht dabei weit über die in der UN-Charta vorgesehenen zulässigen Ausnahmen hinaus. Auch ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates ist nicht erforderlich, damit ist also eine Selbstmandatierung der EU zu Militäreinsätzen möglich.

Frage: Sehen Sie darin nicht einen Widerspruch? Darf die EU-Verfassung die UN-Charta und das Grundgesetz aushebeln?

Dr. Georg Nüßlein: Nein, darf die EU-Verfassung aus meiner Sicht nicht. (CSU)

Dr. Christian Ruck:
(CSU)

Natürlich dürfte die EU-Verfassung die UN-Charta und das Grundgesetz nicht aushebeln. Meines Erachtens tut sie dies allerdings auch nicht. Eine Selbstmandatierung der EU zu Militäreinsätzen ist per se gar nicht möglich. Die EU als Organisation verfügt über keine militärischen Mittel. Der militärische Bereich wäre in der neuen Verfassung nach wie vor intergouvernemental organisiert. Eine militärische Intervention gegen den Einspruch eines Mitgliedstaates ist daher gar nicht möglich. Die Mittel der EU sind also nur die Summe der Mittel derjenigen Mitgliedstaaten, die zu einem Militäreinsatz bereit sind. Diese Mitgliedstaaten wiederum werden bei ihrer Entscheidung über die Entsendung ihrer Soldaten die Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht und ihrer Verfassung genauestens prüfen. Das deutsche Grundgesetz bleibt für uns der geltende Maßstab.

Die Auflistung der Möglichkeiten militärischer Intervention in Artikel III-309 (1) beginnt mit Abrüstungsmaßnahmen und endet mit Stabilisierung von Post-Konflikt-Situationen. Es handelt sich hier also ausnahmslos um solche Maßnahmen, die der Sicherung des Friedens dienen.

Im Übrigen legt Art. I-3 EVV die Union in ihren Beziehungen zur übrigen Welt ausdrücklich darauf fest "zu Frieden, [...] Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern" beizutragen und verpflichtet sie "zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen".

Gabriele Fograscher: (SPD) Der Verfassungsentwurf betont das Friedensziel ausdrücklich. Das deutsche Engagement bleibt diesem Ziel verpflichtet, die UN-Charta bildet dafür den Rahmen. Sie ist ein zentrales Instrument für die außenpolitische Ausrichtung der EU.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll Krisen vorbeugen und sie nicht allein durch militärische Mittel beenden. Die europäische Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 betont ausdrücklich die zivile Konfliktprävention und zivile Konfliktlösung. Daneben hat die EU Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und zur Bekämpfung von Kleinwaffen verabschiedet.

Claudia Roth, Elkin Deligöz (Die Grünen):

Die Europäische Verfassung stellt zivile und militärische Fähigkeiten auf eine Stufe und bindet zudem die gesamte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die UNO-Charta.

„Artikel I-3 (4)

In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen. Sie trägt bei zu Frieden, Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung der Erde, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, freiem und gerechtem Handel, Beseitigung der Armut und Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.“

„Artikel II-40 (1)

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union die auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen. Auf diese Weise kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden.“

Die EU-Verfassung kann und darf die UN-Charta sowie das Grundgesetz nicht aushebeln und sie tut es unseres Erachtens auch nicht. Wir beobachten mit großem Interesse, dass vor allem die Linkspartei PDS versucht, der EU-Verfassung eine beispiellose Militarisierung zu unterstellen und diese gegen ein vermeintlich friedfertigeres Grundgesetz und eine friedfertigerere UN-Charta auszuspielen. Das ist unseres Erachtens nicht haltbar und wird auch in kaum einem anderen EU-Land so wahrgenommen.

Das Verbot eines Angriffskrieges im Grundgesetz korrespondiert mit dem Gewaltverbot der UN-Charta. Das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UN-Charta erlaubt die individuelle und kollektive Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat andere erforderliche Maßnahmen getroffen hat. Jenseits des Verteidigungsfalles muss der Sicherheitsrat nach Art. 39 feststellen, ob eine Friedensgefährdung vorliegt und ob darauf mit friedlichen (Artikel 41) oder militärischen (Artikel 42) Sanktionsmaßnahmen reagiert werden soll. Was der Sicherheitsrat als Friedensbedrohung sieht und welche friedlichen und militärischen Maßnahmen er für „erforderlich“ hält, ist wesentlich unbestimmter und damit weitgehender als Artikel III-309 des EUV.

Die UN-Charta kennt auch – was kaum jemand weiß - eine sehr weitgehende Beistandspflicht(Art 43). Nach der sind alle Mitglieder der Vereinten Nationen u.a. verpflichtet, „nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und Erleichterungen einschließlich des Durchmarschrechts zu gewähren“. Da es diese Sonderabkommen nicht gibt, konnte diese Beistandspflicht bislang noch nicht in Anspruch genommen werden. Der Sicherheitsrat kann aber regionale Abmachungen, die „mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen vereinbar sind“ auch für die Durchführung von Zwangsmaßnahmen (Art. 53) in Anspruch nehmen.

Markus Ferber: (MdEP) Die Charta als völkerrechtlicher Vertrag bindet alle Mitglieder aufgrund der entsprechenden Bestimmungen des Völkerrechts. Der Verfassungsvertrag würde die Mitgliedstaaten der Europäischen Union binden. Gem. Art. 52 UN Charta sind regionale Abmachungen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zulässig, sofern sie mit den Zielen der UN-Charta vereinbar sind. Art. I-41 (1) des Verfassungsvertragsentwurfes nimmt eindeutig Bezug auf eine Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UN-

Charta, sodass ich den von Ihnen aufgebauten Widerspruch nicht erkennen kann.

Die in Art. I- 41 (1) genannten Zielsetzungen für Missionen außerhalb der EU stehen auch nicht im Konflikt zum Art. 26 Grundgesetz, der sich auf eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges bezieht. Art. 41 -I (1) iVm Art. III-309 zählen verschiedene Maßnahmen auf wie gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, militärische Beratung, Stabilisierung der Situation nach Konflikten, Friedenssicherung und Konfliktverhütung, die nicht im Gegensatz zu Art. 26 Grundgesetz stehen. Wie dargelegt, wird weder das Grundgesetz noch die UN Charta von dem Entwurf des Verfassungsvertrages ausgehebelt. Die Gefahr einer Selbstmandatierung sehe ich nicht, weil mit dem Bezug auf die UN Charta deutlich ist, dass jeglicher Einsatz mit den Regelungen der Charta in Einklang stehen muss.

4. Maßnahmen, die ein militärisches Vorgehen der Union vorsehen, sollen weder einer parlamentarischen (Art I-39(2)+ (6)) noch einer gerichtlichen Kontrolle (Art III-282) unterworfen werden.

Frage: Wie stehen Sie dazu?

Dr. Georg Nüßlein: Kommt nicht in Frage.
(CSU)

Dr. Christian Ruck:
(CSU)

Die in der Fragestellung als Beleg angeführten Artikel I-39 („Veröffentlichung und Inkrafttreten“) und Art III-282 („Allgemeine Bildung, Jugend, Sport und berufliche Bildung“) sind nach der aktuellen Fassung des Vertragstextes in diesem Zusammenhang nicht einschlägig. Der Artikel I-39 (6) existiert nicht einmal.

Dessen ungeachtet: Ein militärisches Vorgehen der Union an sich ist nicht möglich. Es werden keine Hoheitsrechte des Mitgliedstaates an die Union abgetreten, es herrscht nach wie vor in diesem Handlungsbereich das Einstimmigkeitsprinzip. Nur einzelne Mitgliedstaaten der Union können ein gemeinsames militärisches Vorgehen beschließen. Dabei sind die Regierungen an ihre jeweiligen Verfassungen gebunden.

Jeder Einsatz der Bundeswehr muss also weiterhin, wie es das Grundgesetz vorsieht, durch Parlamentsbeschluss des Deutschen Bundestages entschieden werden. Die Kontrolle des Bundesverfassungsgerichtes bleibt weiterhin erhalten. Als Parlamentarier sage ich aber auch, dass langfristig und grundsätzlich in der Tat der Ausbau der richterlichen und parlamentarischen Kontrolle gegenüber dem Rat auf EU-Ebene in einem späteren Stadium der Verfassungsgebung generell wünschenswert ist.

Gabriele Fograscher (SPD): Wichtigstes Entscheidungsgremium ist der Rat der EU für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen; Beschlüsse können grundsätzlich nur einstimmig gefasst werden. Deshalb wird es keine Willkür geben und die Kontrolle ist somit garantiert.

Claudia Roth, Elkin Deligöz (Die Grünen):

Dass das Europäische Parlament zu den wichtigsten Aspekten der GASP und der GSVP künftig gehört und auf dem Laufenden gehalten wird, [I-39 (8) und I-41 (8)] ist ein kleiner Fortschritt. Es gibt gewisse Kontrollrechte, aber diese sind noch nicht ausreichend.

Aber man kann die nationalstaatliche Regelung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch nicht 1:1 auf EU-Ebene übertragen. Die Integration der Außen- und Sicherheitspolitik und Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht erst am Anfang. Wir haben noch keine EU-Regierung und keine EU-Armee. Viele wollen das auch nicht. Deshalb beschließen letztendlich die Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat. Deshalb kontrollieren in erster Linie die nationalen Parlamente und Gerichte die Regierungspolitik – auch hinsichtlich derer Vorstellungen über ein militärisches Vorgehen unter Einbeziehung der eigenen Armee. Deshalb ist der Europäische Gerichtshof für Fragen der Gemeinsamen Außen – und Sicherheitspolitik (Artikel III-376) auch noch nicht zuständig. Beschlüsse zu Fragen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission, müssen vom Rat einstimmig gefällt werden [I-41-(4)]. Solche ein-

stimmigen Beschlüsse sind – gerade wenn es um das militärische Vorgehen geht – nicht einfach und im Schnellverfahren zu erreichen.

Bei dem gegenwärtigen Zustand der Integration im militärischen und der Kompetenzen im politischen Bereich, wäre es aber sicherlich auch nicht wünschenswert, wenn z.B. ein Einsatz der Bundeswehr vom Europaparlament entschieden werden würde, und die nationalen Parlamente hier keine Mitsprache- oder Einspruchsrechte mehr hätten. Das deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz – für das wir intensiv gestritten haben - sieht vor, dass jeder Einsatz bewaffneter Streitkräfte der vorherigen Zustimmung des deutschen Bundestages bedarf. Dieses Recht haben nur die wenigsten Parlamente in Europa und es bedarf großer Mühen, dieses Recht zu verteidigen. Sollten wir eines Tages soweit sein, dass wir eine europäische Regierung und eine europäische Armee haben, würden wir uns wünschen, dass die Kontrollrechte des EP mindestens ebenso weitgehend sind wie die des Deutschen Bundestages.

**Markus Ferber:
(MdEP)**

Art. I-39 (2) des Entwurfes legt lediglich die Bedingungen für ein formell wirksames Inkrafttreten der erlassenen Regelungen und die Veröffentlichungspflichten fest. Eine Ziffer 6 ist im offiziellen Vorschlag zum Verfassungsvertragsentwurf nicht festgelegt.

Die Zuständigkeit und das Verfahren zum Erlass von Maßnahmen im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergeben sich aus Art. I-41 des Entwurfes. Gem. Art. 41 I Ziff. 4 werden die Beschlüsse zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einstimmig im Rat auf Vorschlag des EU-Außenministers bzw. auf Wunsch eines Mitgliedsstaates gefasst. Gemäß Ziffer 8 wird das Parlament zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen regelmäßig gehört, so dass eine parlamentarische Beteiligung sichergestellt ist.

Auch eine gerichtliche Kontrolle ist mit Art. III 365 des Entwurfes sichergestellt. Der Europäische Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der Handlungen des Rates. Gem. Art. III 365 (2) und (4) sind Mitgliedsstaaten aber auch natürliche und juristische Personen befugt, in einem Verfahren gegen die erlassenen Beschlüsse vorzugehen. Den Hinweis auf Art. II-282 des Entwurfes in Ihrer Frage kann ich nicht nachvollziehen, weil sich dieser auf allgemeine Bildung, Jugend, Sport und sonstige Berufliche Bildung bezieht.



Juristische Voraussetzungen für ein militärisches Vorgehen nach Maßgabe der geplanten EU-Verfassung

Die Verteidigungspolitik, d.h. die Entscheidung darüber, ob sich ein Nationalstaat an einem bewaffneten Konflikt beteiligt oder nicht, ist grundsätzlich die ausschließliche Angelegenheit jedes souveränen Staates. Weil es auf Weltebene an einem „Rechtsvollstrecker“ und zwingend zuständigem Weltgericht fehlt, bedeutet dies, dass kein Staat faktisch gezwungen werden kann, sich militärisch an einem Konflikt zwischen anderen Staaten zu beteiligen.

Geht der souveräne Staat jedoch eine (völker-)vertragliche Verpflichtung ein und wird Mitglied einer internationalen Organisation, wie beispielsweise im Rahmen der Vereinten Nationen oder der NATO oder auch der Europäischen Union / Gemeinschaft, so bindet er sich aus Sicht des Völkerrechts gegenüber den anderen Mitgliedstaaten an den vertraglich vereinbarten Inhalt. Ein Zuwiderhandeln gegen diesen völkervertraglich vereinbarten Inhalt würde einen Bruch des Völkerrechts bedeuten. In welchem Umfang und mit welchem Inhalt sich der Nationalstaat gegenüber anderen Staaten oder einer internationalen Organisation verpflichtet, steht ihm frei. Ebenso bestimmen die Nationalstaaten selbst, in welchem Umfang sie Aufgaben und Kompetenzen, die eigentlich ihrer Hoheitsgewalt unterliegen (wie zum Beispiel die Vornahme von militärischen Handlungen / die Beteiligung an internationalen Konflikten), an eine internationale Organisation (wie die EU) übertragen. Diese Freiheit ist Ausdruck des Grundsatzes der Staatensouveränität. Die internationale Organisation ist somit nur dann Entscheidungsträger und kann seine Mitglieder – aus völkerrechtlicher Sicht - zum Handeln zwingen, wenn der Staat, der Mitglied der Organisation ist, dieser im Rahmen eines völkerrechtlichen Vertrags (wie der EU-Verfassung) die Kompetenz zur Entscheidung übertragen hat.

Aus der EU-Verfassung, die zur Abstimmung vorgelegt wurde, geht nicht eindeutig hervor, ob und in welchem Umfang die Mitgliedstaaten der EU ihre verteidigungspolitischen Kompetenzen an die EU übertragen und somit ein unilaterales, d.h. einzelstaatliches Vorgehen im „Alleingang“ völkervertraglich abschließen, Art. I-12 sagt: „Die Union ist dafür zuständig, eine gemeinsame Au-



ßen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen.“. Art. I-16 Abs. 1 dagegen verwendet den Begriff „kann“ bei der Beschreibung der Koordinierung der Verteidigungspolitik: „Die Zuständigkeit der Union in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt sich (...) auf sämtliche Fragen im Zusammenhang mit (...) der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.“.

Was dagegen eindeutig feststeht ist, dass die EU als internationale Organisation keinen ihrer Mitgliedstaaten zu einem militärischen Einsatz im Namen der EU zwingen kann (diese möglicherweise Waffengewalt beinhaltenden Einsätze werden „europäische militärische Missionen“ genannt). Die EU ist bei der Entscheidung über ein militärisches Vorgehen auf eine einstimmige Beschlussfassung aller Mitgliedstaaten, vertreten durch ihre Regierungen, angewiesen.

Art. III-309 formuliert, welche Ziele solche europäischen „militärischen Missionen“ verfolgen dürfen: Gemeinsame Abrüstungsmaßnahme, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens, Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zu Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Bekämpfung des Terrorismus im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten können durch eine „militärische Mission“ verfolgt werden.

Art. III-300 regelt, unter welchen Voraussetzungen ein europäischer Beschluss, der eine militärische Mission mit einem der genannten Ziele zum Gegenstand hat, zustande kommt. Es bedarf des einstimmigen Beschlusses des Rats, wobei jeder einzelne Mitgliedstaat die Möglichkeit hat, durch sein Veto – das heißt, durch sein ausdrückliches „Nein“ gegen den Beschluss – ein militärisches Vorgehen im Namen der EU zu verhindern. Dieses Procedere drückt den völkerrechtlichen Grundsatz des Einstimmigkeitsprinzips aus, von dem nur dann abgewichen werden kann, wenn die beteiligten Staaten einer Beschlussfassung durch Mehrheitsentscheidungen zugestimmt haben. Diese Mehrheitsentscheidungen sind im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Fragen nicht vorgesehen.

Enthaltungen sind im Rahmen der Beschlussfassung über „militärische Missionen“ möglich und verhindern das Zustandekommen des Beschlusses nur dann, wenn die Mitgliedstaaten, die sich der Stimme enthalten, mindestens 1/3 der Gesamtheit der Mitgliedstaaten, die ihrerseits 1/3 der Unionsbevölkerung ausmachen, stellen. Sinn und Zweck dieser Regel ist es, dass Enthaltungen als Aus-



druck von fehlendem Konsens nur dann ein militärisches Vorgehen verhindern sollen, wenn dies die Meinung eines repräsentativen Anteils der Unionsbürger ist, die von ihren Regierungen vertreten werden.

Die Voraussetzungen, die die Verfassung vorschreibt, sind jedoch nicht die einzigen Bedingungen für ein völkerrechtsmäßiges militärisches Vorgehen. Weil alle Mitglieder der EU gleichzeitig Mitglieder der Vereinten Nationen sind, sind sie ebenso an ihre Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen gebunden. Diese hat gegenüber sonstigen, später von den Mitgliedstaaten abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen, wie der EU-Verfassung, Vorrang und begründet insofern „höherrangiges Recht“. Sind die Ziele von europäischen militärischen Missionen sehr weit gefasst und beinhalten auch den vagen Rechtsbegriff der „Terrorismusbekämpfung“, so ist der Rahmen des völkerrechtlich Zulässigen von der Charta der UN enger gesetzt. Die Charta der Vereinten Nationen ist geprägt von ihrem Friedensauftrag und dem zwischenstaatlich geltenden Gewaltverbot in Art. 2 (4) der Charta der Vereinten Nationen; von diesem Grundsatz, wonach jegliches militärisches Vorgehen zwischen den Mitgliedstaaten einen Verstoß gegen das Völkerrecht begründet, sieht die Charta nur zwei enge Ausnahmen vor:

(1.) Der Sicherheitsrat, der ebenfalls im Bezug auf die ständigen Mitglieder einem Einstimmigkeitsprinzip unterliegt, stellt im Rahmen von Kapitel VII der Charta eine Bedrohung oder einen Bruch des Weltfriedens fest. Nach Erfolglosigkeit eines nichtmilitärischen Vorgehens (vor allem wirtschaftlicher Sanktionen) im Sinne von Kapitel VI kann der Sicherheitsrat nach einem erneuten Beschluss Umfang und Art von militärischen Maßnahmen anordnen. Dadurch ist ein anschließendes militärisches Vorgehen der Mitgliedstaaten, solange dieses den Inhalt der Sicherheitsratsresolution respektiert, völkerrechtsmäßig. (2.) Im Falle eines bewaffneten Angriffs eines Staates gegen einen anderen Staat steht diesem gemäß Art. 51 Charta der Vereinten Nationen das „(...) naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung (zu), bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“. Es wird deutlich: Alleine der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist auf Weltebene befugt, über die völkerrechtliche Zulässigkeit von zwischenstaatlicher Gewalt zu entscheiden. Insofern ist die ausführliche, über die Charta der Vereinten Nationen hinausgehende Beschreibung möglicher militärischer Ziele europäischer Missionen irreführend, weil hierdurch der Eindruck entstehen könnte, dass die Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage bei der EU liegt und diese selbst und maßgeblich über die Zulässigkeit militärischer Gewalt entscheiden kann. Die Maßgeblichkeit der Charta der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats für die Legitimität militärischer Maßnahmen der EU geht aus der Verfassung



nicht zweifelsfrei hervor. Die gerichtliche Überprüfung von militärischen Missionen und Sanktionierung bei Rechtsbrüchen durch die EU ist ebenfalls unklar.

Dem EuGH, dem europäischen Gerichtshof, fehlt die Kontrollbefugnis. Die durch die Verfassung geschaffene Völkerrechtspersönlichkeit der EU würde es der EU jedoch möglich machen, sich der Gerichtsbarkeit des Weltgerichts, des Internationalen Gerichtshofs (IGH), zu unterwerfen. Eine solche Unterwerfung hätte Signalwirkung und könnte die oben aufgeworfenen Unsicherheiten klären, indem sich die EU eindeutig für eine Einhaltung des Völkerrechts und des zwischenstaatlichen Gewaltverbots und Friedensgebots, vertraglich verankert in der Charta der Vereinten Nationen, ausspräche.

Patricia Wiater

Wissenswertes zum Thema EU-Verfassung

Fragen:

1. Wissen Sie, wie viele Seiten der vorliegende EU-Verfassungsentwurf mit allen zugehörigen Anhängen und Erklärungen hat?

- a) 250 b) 377 c) 482 d) 550

2. Wie oft kommt das Wort „BANK“ in dem Verfassungsentwurf vor?

- a) 0 b) 2 c) 88 d) 186

3. Wie oft erscheint das Wort „Konkurrenz“ in dem Verfassungsentwurf?

- a) 0 b) 2 c) 33 d) 78

(Die Antworten finden Sie auf Seite 57)



Der europäische Verfassungsvertrag: Kritik und Alternative

(Verfassungstext:

http://europa.eu.int/constitution/de/1stoc1_de.htm)

Der 2005 am Referendum in Frankreich und den Niederlanden gescheiterte europäische Verfassungsvertrag bildet immer noch die Grundlage der jetzigen Überlegungen zu einer Wiederbelebung des Verfassungsprozesses und ist in vielen Teilen auch geltendes Recht (Vertrag von Nizza 2003).

In seinem Beitrag "Die Verfassung ist (schein)tot - Die Militarisierung schreitet voran" (www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/verf/stru.html)

sieht Peter Stutynski (Friedensratschlag Kassel) diesen Verfassungsvertrag als Ausdruck der zunehmenden Militarisierung der europäischen Politik: Militäreinsätze werden inzwischen als integraler Bestandteil der Außenpolitik verstanden. Tony Blair drückte diese Doktrin in seiner Rede vom 23.6.05 vor dem europäischen Parlament folgendermaßen aus:

“Wir sollten uns auf praktische Maßnahmen zum Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeit verständigen, bereit sein, mehr Einsätze zur Friedenserhaltung und Friedensdurchsetzung zu übernehmen, die Fähigkeit aufbauen, zur Bewältigung von Konflikten schnell und effektiv einzugreifen - mit der NATO oder, wo diese sich nicht beteiligen will, ohne sie. Schauen Sie sich die Mannschaftsstärken in den europäischen Armeen an und unsere

Ausgaben. Werden sie wirklich den strategischen Anforderungen von heute gerecht?

Eine solche Verteidigungspolitik ist notwendiger Bestandteil einer effektiven Außenpolitik...“ (www.pm.gov.uk/output/Page7720.asp)

Peter Stutynski sieht sechs Elemente in der EU-Verfassung als Ausdruck dieser Form von Militarisierung der Politik:

1. Verpflichtung der Mitgliedsländer zur Aufrüstung, Optimierung und Verbesserung der militärischen Fähigkeiten (Art. I-41(3)),

2. Koordinierung dieser Maßnahmen durch eine zentrale "europäische Verteidigungs-Agentur" (Art. I-41(3)),

3. Befähigung zu Kampfeinsätzen; Einsatz des Militärs zur Terrorismusbekämpfung. Damit Verwischung der Grenze zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben. (Art. III-309(1))

4. Möglichkeit der ständigen strukturellen militärischen Zusammenarbeit eines Teils der Mitglieder (Kerneuropa, Europa der zwei Geschwindigkeiten); zum Beschluss solcher Maßnahmen reicht eine qualifizierte Mehrheit im Rat aus.

(Art. I-41(6) und III-311)



5. Gegenseitige Beitragsverpflichtung auch im Fall eines Terroranschlags; die EU gewinnt dadurch die Qualität eines Militärbündnisses, (Art I-43(1), I-12(4), I-16)

6. Keine vorgesehene parlamentarische Kontrolle, lediglich ein Anhörungsrecht. (Art. I-40(6), I-41(8), III-304)

Man könnte diesen Punkten von Struytynski noch einen weiteren hinzufügen:

7. Fehlen der Friedensverpflichtung in der EU-Verfassung (anders als z.B. in der UN-Charta).

Gibt es eine Alternative?

An der Diskussion um eine Verfassung sollten sich eigentlich alle Bürger beteiligen können, denn sie legt ja unsere zukünftigen politische Lebensverhältnisse fest. Die Frage, ob Europa dem amerikanischen Weg folgen und seine "Sicherheit" künftig auf präventive militärische Einsätze in aller Welt gründen will, im Widerspruch zur UN-Charta und zu universell geltenden moralischen Prinzipien (Mt. 7, 12: "Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen!"), oder ob die Methoden ziviler Konfliktbearbeitung unterstützt und weiterentwickelt werden, diese Frage darf nicht den Politikern überlassen bleiben. Dies ist aber nicht die einzige Schicksalsfrage, über die in der Verfassung entschieden wird. Es geht auch darum, ob die neoliberale Revolution

weiter vorangetrieben werden soll, bis noch im hintersten Winkel die letzte lokale Wirtschaftsstruktur zerschlagen worden ist, und ob "Europa" weiterhin aus Verwaltungsentscheidungen ohne nennenswerte Bürgerbeteiligung bestehen wird oder sich künftig zu Recht eine Demokratie nennen darf.

Vor diesem Hintergrund hat die pax christi Gruppe Kassel unter Federführung von Dietrich Bäuerle den Versuch gemacht, Leitlinien für eine andere EU-Verfassung zu formulieren, "Impulse", Heft 9.

www.paxchristi.de/fix/files/doc/Impulse%209%20EU-VerfassungENDf-Jan07.pdf

Wir haben uns an dieser Diskussion beteiligt und eigene Vorschläge beige-steuert; das so veränderte Papier wird von der Kasseler Gruppe auf der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz von pax christi als Antrag eingebracht. Im einführenden Abschnitt wird die Zielsetzung folgendermaßen erläutert: "Eine neue Verfassung soll uneingeschränkt die Allgemeine Menschenrechtserklärung übernehmen, durchgängig demokratische Verfahrensweisen festschreiben, im Sinne uneingeschränkter Solidarität die Wirtschaftspolitik unter den Primat sozialer Gerechtigkeit und Sicherung der Umwelt stellen und jede Form von Militarismus ausschließen." Die Lektüre wird empfohlen; Diskussionsbeiträge dazu werden von den Autoren mit großer Offenheit aufgenommen, wie wir selbst feststellen durften.

(Jost Eschenburg, Sachgruppe Soziale Verteidigung)



Unsere Vision einer EU-Verfassung Ein Verfassungsvertrag, wie wir ihn wünschen

Mit vielen Christinnen und Christen in Europa teilen wir die Sorge, dass die zur Abstimmung vorgelegte EU-Verfassung deutlich erkennbare Tendenzen einer Militarisierung der Außenpolitik der EU verfassungsrechtlich festschreibt.

Dies widerspricht unserem Verständnis eines Gerechten Friedens (s. Hirtenwort der deutschen Bischöfe) und erfordert deshalb unseren Protest und Widerspruch/-stand zur vorgesehenen Verfassung, der unter der deutschen Ratspräsidentschaft nach einer Reflexionsphase in den wesentlichen Teilen in der alten Form wiederbelebt werden soll. Vor allem die deutliche Überbetonung des freien Marktes gegenüber sozialer Belange der Bürger und die Dominanz der Bereitschaft zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit militärischer Gewalt zeigen für uns in die falsche Richtung. Mit dieser Zielsetzung der Verfassung schafft die EU kein soziales, ökologisches und friedfertiges Gegenmodell zu den USA, sondern zielt auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem US-amerikanischen Kapitalismus. Mit vielen kirchlichen und außerkirchlichen Gruppen fordern wir eine grundsätzliche Neuorientierung der EU-Politik an den Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen, statt an den Interessen der Vermehrung des Kapitals für wenige.

Die globalen Herausforderungen liegen im zivilen Bereich wie zunehmende Armut und Umweltzerstörung, Ressourcenverteilung und Entwicklung einer gerechten Ökonomie und sind somit mit zivilen Mitteln zu lösen, d.h. die politischen Prioritäten in der EU zwischen Militärischen und Zivilen sind umzukehren, zugunsten der nicht militärischen Möglichkeiten.

Im Folgenden sollen stichpunktartig einige relevante Aspekte in Bezug auf eine europäische Friedenspolitik aufgeführt werden, wie wir sie gerne in einer neu zu erarbeitenden EU-Verfassung verankert haben wollen.

Eine Legitimation durch ein europäisches Referendum ihrer Bürger erscheint uns eine partizipatorische und demokratische Notwendigkeit.

Eine EU-Verfassung muss enthalten:

- eine eindeutige Bindung jeglichen sicherheitspolitischen Handelns in Übereinstimmung mit der UNO-Charta (Nicht nur „gemäß“ den Grundsätzen wie bisher formuliert)
- den unzweideutigen Bezug auf das geltende Gewaltverbot in internationalen Beziehungen
- ein Äquivalent für das grundsätzliche Verbot eines



- Angriffskriege, wie es sich im deutschen Grundgesetz Art. 26 befindet.
- Rüstungskontrolle und Abrüstung als Kernziele einer gemeinsamen GASP (gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik)
 - Eine echte Kontrolle und entscheidende Mitwirkung von Seiten des Europäischen Parlaments in Fragen der Sicherheitspolitik und von Kriegseinsätzen (bisher soll der Ministerrat entscheiden und das Parlament nur gehört werden)
 - Möglichkeit, Beschlüssen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vom Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen (bisher ausdrücklich ausgeschlossen!)
 - Formulierung einer eindeutigen Prioritätensetzung gewaltfreier und ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung unabhängig vom Militär,
d.h. allgemein Regierungen und Inter-Regierungs-Organisationen müssen Prävention und konstruktives Konflikt-Management als grundlegende Ziele ihren Sicherheits-Institutionen in Instrumente verankern und eine Kultur der Prävention und des Friedens schaffen,
d.h. für materielle Förderung
- zivilgesellschaftliche Initiativen zur gewaltfreien Konflikttransformation (Training, Medien, Projekte innerhalb der EU wie außerhalb in Krisenregionen)
- Zusicherung der Arbeit an der Verbesserung und Weiterentwicklung der Möglichkeiten echter Systeme kollektiver Sicherheit wie UNO und OSZE als gemeinsame Aufgabe der Mitgliedstaaten.
 - Aufnahme eines europäischen Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung, auch die selektive und situationsbezogene Verweigerung
 - Niederlegung der allgemeinen Menschenrechte wie in der UN-Charta verankert, Verpflichtung zu schrittweiser Reduzierung militärischer Ausgaben und militärischen Personals; keine Aufstellung von EU-Kontingenten zu Kampfeinsätzen. Dazu Schaffung eines Amtes für Rüstungskontrolle, Abrüstung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung / zivile Krisenpräsentation statt der Weiterführung der Rüstungsagentur
Ächtung der Atomwaffen gemäß dem Votum des Internationalen Gerichtshofes von 1996, keine Herstellung, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen und anderen



Massenvernichtungsmitteln,
kein Einsatz von Landminen.

Zusammenstellung durch Christian
Artner-Schedler

Aus pax christi Stellungnahmen, Zu-
arbeit von Andreas Zumach, Helga und
Konrad Tempel, Thomas Roither, dem
Leitungskreis des Forums Friedens-
ethik in der Badischen Landeskirche

Sprüche:

Jesus hat niemals gesagt, dass wir kei-
ne Feinde haben oder niemals bedroht
würden. Da gibt es keinen Mangel an
Realismus.

Jesus bietet uns einen neuen Weg, mit
unseren Feinden umzugehen, einen an-
deren Weg zu reagieren, der die Mög-
lichkeit hat, den endlosen Kreislauf der
Vergeltung zu brechen, der uns heute
alle mit endgültiger Gewalt bedroht.

Jim Wallis

Das Wichtigste, das ist aber auch das
Schwierigste auf der Welt: Macht zu
haben ohne Gewaltanwendung.

Astrid Lindgren

Ein alter Rabbi fragte einst seine Schü-
ler, wie man die Stunde bestimmt, in
der die Nacht endet und der Tag be-
ginnt. „Ist es, wenn man von weitem
einen Hund von einem Schaf unter-
scheiden kann?“ fragte einer der Schü-
ler. „Nein“, sagte der Rabbi. „Aber
wann ist es dann?“ fragten die Schüler.
„Es ist dann, wenn du in das Gesicht
irgendeines Menschen blickst und dei-
ne Schwester oder deinen Bruder er-
kennst. Bis dahin ist es noch Nacht.“

Erzählung der Chassidim

Über die Gleichgültigkeit:

Der Gegensatz von Liebe ist nicht
Hass,
der Gegensatz von Hoffnung ist nicht
Verzweiflung,
der Gegensatz von geistiger Gesundheit
und gesundem Menschenverstand ist
nicht Wahnsinn,
und der Gegensatz von Erinnerung
heißt nicht vergessen,
sondern er ist nichts anderes als jedes
Mal die Gleichgültigkeit.

Elie Wiesel

„Es ist die Tragik der Demokratie, dass
bei uns jeder seine Meinung öffentlich
vertreten darf und dass man politisch
Verantwortliche in einer Demokratie
schützen muss. In Diktaturen würde so
etwas nicht passieren.“

Horst Teltschik (am Rande der Sicherheitskonferenz in
München 2007 zu einem Reporter des Bayerischen
Rundfunks)



Bericht des Sprechers

Seit der letzten Diözesanversammlung im November 2006 standen die folgenden Sachthemen im Zentrum der Arbeit der Vorstandsmitglieder:

1. **Friedenslauf Juli 07**
2. **Afghanistan**
3. **Europäische Verfassung**
4. **Israel-Palästina**

1.Friedenslauf: Im Rahmen des Programms Pax2007 der Stadt Augsburg wird am Mittwoch, dem 18.7.2007 vormittags am Dom der Zweite Interreligiöse Augsburger Friedenslauf stattfinden. Wir haben uns damit auch an dem Ideenwettbewerb der Stadt zu Pax2007 beteiligt. Religionsführer von Katholiken, Protestanten, Muslimen und Juden sowie der OB haben ihre Schirmherrschaft zugesagt. Wie vor zwei Jahren wenden wir uns an die Augsburger Schulen. Die Kinder und Jugendlichen bekommen jede gelaufene Runde bescheinigt und holen sich dafür von ihren Sponsoren die vereinbarte kleine Summe pro Runde ab; diese Gelder werden bei den Lehrern abgegeben und an uns überwiesen; wir lassen sie Friedensprojekten zukommen (zwei Projekte in Palästina, ForumZFD, friedensräume Lindau). Im Vorfeld wird den Schulen Material zum Thema angeboten, und Friedensfachkräfte kommen nach Augsburg, um in den Schulen über ihre Arbeit zu berichten. Es werden am Tag des Frie-

denslaufes und am Vorabend noch viele Helfer gebraucht, bitte meldet Euch bei der Bistumsstelle.

2.Afghanistan: Die Entsendung von Tornados der Bundeswehr zu Aufklärungszwecken in ganz Afghanistan hat uns aufgeschreckt; wir sehen darin den Beginn von Kampfeinsätzen, die wir ablehnen. Beim Neujahrsempfang der Augsburger Grünen am 21.1. haben wir das Thema angesprochen. Wir haben Briefe an die Bundesregierung und vor der Abstimmung an jeden einzelnen Abgeordneten des Deutschen Bundestages geschrieben, in denen wir vor den Konsequenzen des Einsatzes gewarnt haben. Diese Briefe wurden wahrgenommen; es sind sehr viele Antworten aus allen Lagern eingegangen. Im Februar haben wir außerdem ein kurzfristig anberaumtes Gespräch mit Bischof Walter Mixa zu diesem Thema geführt; der Bischof kennt die Situation in Afghanistan aus eigener Anschauung. Er teilt unsere Bedenken und sicherte uns seine Unterstützung zu.

3.Europäische Verfassung: Bundeskanzlerin Merkel hat die Verfassung zum Thema ihrer und der kommenden Ratspräsidentsschaften gemacht; jetzt ist es Zeit, sich einzumischen. Wir sind in einem längeren Diskussionsprozess in der Sachgruppe "Soziale Verteidigung" die kritischen Artikel durchgegangen und haben



uns auch Alternativen angesehen. Wir haben Friedensgruppen und Abgeordnete nach ihren Vorstellungen befragt und die Vorschläge der Kaseler pax-christi-Gruppe (Impulse, Heft 9) studiert und darauf Einfluss genommen; in einer gemeinsamen Aktion mit einigen anderen Bistumsstellen haben wir sie an die Bundeskanzlerin geschickt. Die Ergebnisse unserer Arbeit werden wir im kommenden Rundbrief darlegen.

4.Israel-Palästina: Ende letzten Jahres haben wir zum zweiten Mal unsere Scherben-Engel-Aktion durchgeführt, die sehr erfolgreich war: Wir haben über 1500 solcher Scherben-Engel verkauft und konnten noch immer nicht alle Anfragen erfüllen. Die Aktion läuft über Pater Fielenbach (Straubing) sowie Mitri Raheb, evangelischer Pfarrer in Bethlehem; mit dem Erlös können wir helfen, die schreckliche Situation der Menschen hinter der Mauer ein klein wenig zu lindern. -

Die Sachgruppe Israel-Palästina hat sich Ende letzten Jahres mit einigen führenden Mitgliedern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft getroffen, um die gegenseitigen Standpunkte und Fragen kennenzulernen. Wir stehen weiterhin in Kontakt; das Gespräch wird fortgesetzt. -

Am 23.3. haben wir mit dem Augustana-Forum und weiteren Organisationen (Afi, Grüne Augsburg, Bündnis für Menschenwürde Augsburg, IFK Uni Augsburg) Prof. Rolf

Verleger eingeladen, Mitglied des Zentralrats der Juden und Initiator der Unterschriftenaktion "Shalom 5767", in der eine grundlegend andere Politik für den Nahen Osten gefordert wird.

In einem gut besuchten, beeindruckenden Vortrag hat Prof. Verleger die tragische Entwicklung des Zionismus von seinen Anfängen bis zur jetzigen Situation der Gewalt und Unterdrückung nachgezeichnet und Alternativen in den geistigen Wurzeln des Judentums aufgewiesen.

Vertretungsaufgaben:

- Diözesanrat (Bernhard Gruber),
-
- Verbändekonferenz (Christian),
-
- Ausländerbeirat (Monika Kaiser),
-
- Interreligiöser Dialog (Ulrich Hoffmann),
-
- AFI (Jost),
-
- Attac (Stefan Vogt),

ForumZFD Südbayern (Patricia Wiater),

-pax christi-Landesstelle Bayern (der Sprecher-Posten ist vakant; Vorschläge?),

-pax christi-Nahostkommission (Jost; pax-christi-Kongress 11.-13.5.07 in Bad Boll zum Thema Nahost!).



Inhaltliche Planung (24.3.2007)

Wir leben in Kriegszeiten. Der "Kampf der Kulturen" ist voll entbrannt (Afghanistan, Irak, Iran, ...). Die Aufgabe von Friedensgruppen in solchen Zeiten ist klar: Der Politik der Gewalt öffentlich widersprechen, der Kriegspropaganda entgegenarbeiten, Verbindungen schaffen, wo Konfrontation droht. Weil die Auseinandersetzung auch eine religiöse Dimension hat, ist unsere Arbeit als christliche Friedensgruppe besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund wollen wir drei inhaltliche Themenschwerpunkte bis zur Diözesanversammlung 2009 bearbeiten:

1. Israel-Palästina
2. Ziviles Europa (Verfassung)
3. Interreligiöser Dialog

Den 3. Bereich sehen wir als sehr wichtig an; wir suchen aber noch eine Basis- oder Sachgruppe, die sich darum kümmert (Versöhnung? Augsburg-West?). Das Friedensgebet am Karsamstag zusammen mit Muslimen hat uns neue Impulse gegeben. Michael Mayr sollte einbezogen werden. Jost ist bereit, interessierten Basisgruppen über seine

bisherigen Erfahrungen mit dem Thema zu berichten ("Koran und Bibel" von ESG und KHG). Ulli Hoffmann lädt für den 13. Juni (19 Uhr, Büro) zu einem ersten Treffen aller Interessenten an dem Thema ein.

Zu den beiden anderen Themen bestehen Sachgruppen. Konkrete Aktionen, die in Planung sind:

- Die Sachgruppe „Soziale Verteidigung“ bereitet einen Rundbrief zum Thema 2 vor (siehe Bericht); der bisherige Verfassungsentwurf atmet leider nicht den Geist, den wir uns für Europa wünschen.

- Die Sachgruppe „Israel - Palästina“ bereitet nach unserer Veranstaltung mit Prof. Rolf Verleger am 23. März (siehe Bericht) weitere Aktionen vor. Wir werden im Juni eine Ausstellung zum Leben hinter der Mauer in Palästina zeigen, vermutlich in St. Moritz; die Eröffnung wird am Wochenende 16./17. Juni mit einer öffentlichen Aktion stattfinden. Das Thema Nahost wird auch ein zentrales Thema bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Augsburger Friedenslaufs 2007 sein; eine der



Friedensarbeiterinnen, die Augsburger Schulen besuchen, wird Ronni Hammermann aus Israel sein, die mit einer Gruppe israelischer Frauen die zahllosen Checkpoints in den besetzten Gebieten beobachtet.

- Als konkretes Zeichen der Solidarität gegenüber Palästina werden wir die erfolgreiche Scherben-Engelaktion von 2006 zu Weihnachten 2007 wiederholen

- Die Lindauer Friedensräume haben Pate gestanden bei einer Idee von Reuben Moskowitz, in dem Friedensdorf Neve Shalom - Wahat al-Salam (Israel) ein ähnliches Projekt aufzubauen. Christian, Elisabeth und Ruth Gschwendtner waren dort und begleiten das Projekt weiterhin.

Es liegt uns eine Anfrage von Moshe Bar-Tikva aus Israel vor, ein 8-10-tägiges Treffen von israelischen und (in Israel wohnenden) palästinensischen Jugendlichen gemeinsam mit einer Gruppe von deutschen Jugendlichen auszurichten. Wir möchten dies 2008 durchführen, falls die Lindauer mitmachen: Ort des Treffens sollte nach unseren Vorstellungen Lindau sein. Die Aktion könnte ggf. mit einer Wiederholung des Lindauer Friedenslaufs gekoppelt werden, wenn dies gewünscht ist. Die Stadt Lindau könnte eingebunden werden und mit einer solchen Aktion ihrem Ruf als Friedensstadt weiter ausbauen.

Es scheint möglich, staatliche Gelder bewilligt zu bekommen. Die Unterbringung der Jugendlichen kann kostengünstig in Jugendherbergen oder privat stattfinden. Eine Zusammenarbeit mit dem BDKJ bietet sich an; Christian hat schon einmal vorgefühlt und ist auf große Bereitschaft gestoßen.

- G8-Gipfel in Heiligendamm 2.-8. Juni 2007: Michael Rösch fährt hin, wer noch?

- Neben den "traditionellen" Aktionsformen (Veranstaltungen, Reden, Demos ...) wollen wir das Straßentheater wiederbeleben.

Es gibt z.B. das Stück "Schach", das Krieg als Schachspiel darstellt und gut mit dem G8-Gipfel und der drohenden Kriegsgefahr gegen Iran verbunden werden könnte.

Vielleicht beteiligt sich Attac.

Andere mögliche Themen: Europa, Israel-Palästina.

pax christi-Gottesdienste:

4.7.07 Ulrichsgottesdienst (der Quartalsgottesdienst am 8.7. entfällt),

Gemeindegottesdienste (wir freuen uns über Einladungen).

Der Vorstand



1. Antrag zur Diözesanversammlung

Antragsgegenstand: Solidarität mit Verband „Europäischer Juden“

Antragssteller: Vorstand der Bistumsstelle

Die Diözesanversammlung von pax christi Diözese Augsburg möge beschließen:

Die pax christi Diözesanversammlung Augsburg erklärt ihre Solidarität mit der Presseerklärung des Verbandes „Europäische Juden für einen gerechten Frieden“ angesichts des Massakers in Beit Hanoun.

Zugleich bittet die Versammlung die Verantwortlichen in Kirche, Gesellschaft und Politik in diesem Sinne nach je ihren Möglichkeiten für Frieden und Menschenrechte in dieser geschundenen Region vernehmbar aktiv zu werden.

Weiter fordert die Versammlung den deutschen Bundestag auf, alle Rüstungslieferungen wie u.a. die Lieferung zweier U-Boote der Dolphin-Klasse sowie die Lieferung eines Testexemplares des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs „Dingo 2“ nach Israel zu stoppen.

Diese Presseerklärung mit der Solidaritätsbekundung soll u.a. weitergeleitet werden an:

Katholische und Evangelische Kirche
Deutsch-Israelische Gesellschaft
Christlich-Jüdische Gesellschaft
Mitglieder des Bundestages aus Schwaben
MdEP Markus Ferber
Israelische Botschaft
Zentralrat der Juden in Deutschland
Palästinensische Generaldelegation Berlin
Verband Europäischer Juden für einen gerechten Frieden



2. Antrag zur Diözesanversammlung

Antragsgegenstand: Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan

Antragssteller: Vorstand der Bistumsstelle

Die Diözesanversammlung von pax christi Diözese Augsburg möge beschließen:

Die Diözesanversammlung von pax christi Diözese Augsburg fordert die Bundesregierung auf, einen Plan vorzulegen, nach dem alle Bundeswehr-Einheiten bis Ende 2007 aus Afghanistan abzuziehen sind.

Begründung:

Der Auftrag der Bundeswehr, im Sinne der afghanischen Bevölkerung für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, ist nicht mehr durchführbar. Seitdem die Nato in ganz Afghanistan das Oberkommando von den USA übernommen hat, ist eine Grenze zwischen Ordnungskräften und Kampftruppen nicht mehr zu ziehen. Es besteht die akute Gefahr, dass auch die Bundeswehr unter Natokommando als Partei in einen schmutzigen Bürgerkrieg hineingezogen wird. Wie andere Beispiele (Vietnam, Afghanistan, Kolumbien, Tschetschenien, Irak) zur Genüge zeigen, ist dieser militärisch nicht zu gewinnen; er kann nur durch Verhandlungen beendet werden. Je mehr ausländische Truppen im Land stehen, desto geringer sind die Chancen, dass es dazu kommt. Das Engagement der Bundeswehr wird damit sinnlos.

3. Antrag zur Diözesanversammlung

Antragsgegenstand: Christlich-Muslimischer Dialog

Antragssteller: Vorstand der Bistumsstelle

Die Diözesanversammlung von pax christi Diözese Augsburg möge beschließen:

Die Diözesanversammlung von pax christi Diözese Augsburg fordert den Vorstand auf, den Dialog mit den Muslimen vor Ort voranzutreiben. Die Sach- und Basisgruppen sollen dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Interessen eingebunden werden.



Brief an alle MdB Abgeordneten,

in der nächsten Zeit soll der Deutsche Bundestag eine der folgenschwersten Entscheidungen seit seinem Bestehen treffen: ob sich die Bundeswehr mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen am Isaf-Kampfeinsatz im Süden Afghanistans beteiligt.

Die Argumente, die für diesen Einsatz angeführt werden, sind die gleichen, mit denen um 1965 der Vietnamkrieg begründet wurde: Kein Krieg, sondern Unterstützung einer befreundeten Regierung auf deren Bitte, Verteidigung erfolgreicher Aufbauarbeit, Verhinderung eines Domino-Effektes. Zehn Jahre später, nach 5 Millionen Toten allein in Vietnam, nach grauenhaften Kriegsverbrechen und einer Umweltzerstörung ohne gleichen, musste man einsehen, dass man völlig vergebens Leid, Tod und Zerstörung über das Leben so vieler Menschen gebracht hatte.

Auch jüngere Beispiele zeigen sehr deutlich, dass ausländische Truppen einen Guerillakrieg anstacheln, aber nicht beenden können: der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, der Krieg in Tschetschenien und schließlich der Einmarsch westlicher Truppen in den Irak, der das ganze Land in ein blutiges Chaos gestürzt hat, dessen Ende nicht absehbar ist. Der Isaf-Einsatz in Afghanistan entwickelt sich in die gleiche Richtung. Es gibt schon

jetzt viele zivile Opfer (siehe z.B. "Tagespiegel" vom 12.1.07); sie sind bei dieser Kriegführung unvermeidlich. Die vorgeschlagene Lösung ist stets die gleiche: Noch mehr Truppen. Aber mit der Ausweitung der Kämpfe wird es auch immer mehr Opfer geben und immer größere Teile der Zivilbevölkerung werden betroffen sein. Ihr Hass auf die ausländischen Soldaten wird zunehmen, und je härter die Kämpfe werden, desto mehr Kriegsverbrechen werden geschehen, was ja auch die Berichte von Murat Kurnaz klar belegen.

Die einzige Alternative zu diesem Weg in die Hölle ist, jegliche Teilnahme an den Kämpfen zu verweigern. Die Mütter und Väter der Grundgesetzes waren nach der Erfahrung der Zweiten Weltkrieges aus guten Gründen weise genug gewesen, Kampfeinsätze deutscher Soldaten auf die unmittelbare Landesverteidigung zu beschränken.

Bei Ihnen liegt die Entscheidung. Bitte bedenken Sie Ihre Verantwortung für unser Land und verweigern Sie dem geplanten Einsatz Ihre Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen
J.-H. Eschenburg (pax christi
Augsburg)

8.2.07



Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bischof Mixa,

19.03.2007

pax christi Augsburg schätzt die Bedeutung der Reise der deutschen Bischöfe ins Heilige Land sehr hoch. Ganz sicher war sie für alle friedfertigen Menschen und besonders für die noch dort lebenden Christen eine große Ermutigung. Für dieses Zeichen der Solidarität möchten wir Ihnen danken. Danken möchten wir Ihnen auch für Ihre persönlichen und klaren Äußerungen zur Situation der Besatzung in Palästina. Sie haben Ihr Herz geöffnet für die sichtbare und täglich erfahrbare Not der palästinensischen Bevölkerung und diese Wahrheit haben Sie offen angesprochen. Die reflexartige Kritik von Mitgliedern des Zentralrates der Juden und der israelischen Botschaft sind angesichts der realen Situation und der menschenverachtenden Besatzungspolitik des israelischen Staates – von der Sie in den wenigen Tagen sicher nur einen kleinen Teil erleben konnten – nicht nachvollziehbar und selbst als ideologisch zu verstehen. Es gibt keinen Grund, um mit Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des verstorbenen Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, zu sprechen, zurückzurudern von Seiten der deutschen Bischöfe.

Wir in pax christi Augsburg arbeiten seit einiger Zeit sehr intensiv zum Themenbereich Naher Osten und haben gute Kontakte zu Israelis, Juden und Palästinensern, oft christlichen Palästinensern.

Sie alle berichten von dieser unerträglichen Situation, die keinen Frieden ermöglicht, sondern extremistischen

Kräften in die Hände arbeitet.

Nicht die sind Feinde Israels, die ehrliche, offene und deutliche Kritik an dieser Politik äußern, sondern jene, die ihre menschlichen Augen vor dem himmelschreienden Unrecht mit Mauerbau, Siedlungspolitik, Wasser- und Landraub... verschließen und damit die Gefahr eines Antisemitismus und der weiteren Gewalteskalation heraufbeschwören.

Die Existenz Israels ist gefährdet eben durch ihre eigene Politik der Vertreibung, der Demütigung, der geteilten Menschenrechte in einer zunehmenden Gewaltspirale .

Wer Israel auf die schwerwiegenden Folgen seiner Politik konstruktiv hinweist, leistet einen Beitrag zur bleibenden und friedvollen Existenz dieses Staates.

Mit diesem Brief wollten wir Sie ermutigen, gerade aus unserer historisch-moralischen Verantwortung heraus auch gegen den Mainstream, der eine Kritik an Israel nicht vorsieht, ohne Furcht die Stimme für dauerhaften Frieden in dieser Konfliktregion zu erheben.

Wir in pax christi werden uns darum bemühen und Sie darin engagiert unterstützen.

Für den Vorstand von pax christi Augsburg
Christian Artner-Schedler (Referent für Friedensarbeit)



Brief von Karl und Viktoria Koschler
anlässlich 20 Jahre paxchristi Diözese Augsburg e.V.

Du, lieber Christian, hattest auch an uns gedacht, als es darum ging, die ersten zwanzig Jahre von pax christi Augsburg zu feiern. Lass Dir mit unserer Rückschau hier noch dafür danken!

Auf dem Heimweg hat sie in uns nachgeklungen, die abendliche Messfeier mit ihren Liedern in der Kapelle droben im Haus Edith Stein. Es hatte gut getan, nach vielen Jahren mit ehemaligen Weggefährten beisammen zu sein, mit Menschen, die sich dem Frieden als dem Weg durch die Zeit verschrieben haben. Spürbar gleichsam war dieser Weg dabei noch einmal in den drei Geistlichen Leitern: der erste, der aus der „Gründerzeit“, unser Michael, war zunächst ernst, sehr ernst, wie er manchmal zu sein pflegt, so auch jetzt vor diesem Gottesdienst. Dann aber, als er das Bild von der „Zange“ entwarf, mit der Jesus ausgeliefert werden sollte auch Grund seines Urteils zur Schuld der Ehebrecherin, wurde er zum Bruder mit dem Leuchten in seinen Augen. Siegfried Fleiner, sein Nachfolger, saß gleich vor uns. Ob auch er daran dachte, wie er bei der Messfeier damals in Kettshausen ein Kind, kaum ein paar Monate alt, zum

Friedensgruß als Zeichen der Hoffnung gegen den Glauben an den Erfolg der Abschreckung mit der „Bombe“ hochgehoben hat, hoch hinaus über den Altar? Als dritter und amtierender Geistlicher Leiter, stand Siegfried Fackler jetzt vorne am Altar. Er war der Zelebrant und als solcher, so ging mir's durch den Kopf, ein Bild von einem jungen Gottvater, Zuversicht verbreitend mit seinen frohen Augen: „Und Er sah, dass die Welt gut war“.

Zwanzig Jahre waren dann rückschauend zu überblicken und zu feiern. Es waren zwanzig Jahre eines Weges, ins Ungewisse oft, aber ebenso Jahre des Miteinanders. „Und er ist nicht verhungert“, konnte Sascha Joch dann feststellen, als er vom Friedensarbeiter sprach, von Dir also. Du hattest diese Aufgabe damals übernommen, obwohl niemand zu sagen vermochte, ob Du davon auch leben können würdest mit Elisabeth; Schaf und Ziege standen damals ja noch nicht in Eurem Stall.

Mit solchen Gedanken waren wir schon weit gekommen auf dem Weg nach Hause, die B 17 lag schon hinter uns. Da kam uns schließlich der Applaus in den Sinn, den du auslötest mit Deinem Hinweis auf unsere Jahre, die 85 und die 90 – und einigen ganz wichtigen davon bei pax christi Augsburg. Zu zweit können wir dir, beziehungsweise Euch, nur Weniges von diesem hellen Zuspruch zurückgeben, nur sagen, dass es gute



Jahre waren für uns, die mit den „Augsburgern“, diese Jahre mit dem Mut zum Wagnis und zum Widerstand gegen „die Sünde der nuklearen Abschreckung“ (so Weihbischof Gumbleton von Detroit und damals Präsident von pax christi USA).

Die Wegweiser hier nannten jetzt schon den Ammersee, Ihr aber habt in Augsburg hingewiesen in großer Schrift auf eine neue „Sünde“ dieser Zeit, auf jene acht Meter hohe Mauer gegen den Terror, die ein Land schmerzlich zuschneidet, das einst das „Heilige“ genannt wurde. Und es war an diesem Abend schon ein Erlebnis, als einer von „weit oben“ im Bistum, ein Domkapitular, Herr Dr. Hacker, dazu Stellung nahm, nicht nur sachlich als einer von denen, die wirklich guten Willens sind, wie damals „am Felde“.

Es gäbe noch Manches zu erwähnen, aber wir waren angekommen. Lass mich also schließen mit einem Zitat, das diese zwanzig Jahre von pax christi Augsburg – wie ich meine – kennzeichnet: „...Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist. Ohne Wunder geht kein Leben...“ (Wilhelm Willms). Der Abend bei Euch und die gemeinsamen Jahre waren wunderbar, danke!

Karl und Viktoria Koschler





18.11.2006

Liebe Josefa!

Sechs Jahre lang warst Du Sprecherin von pax christi Augsburg, und es ist mir eine große Ehre, Dir stellvertretend für unsere Mitglieder danken zu dürfen für die Kraft und Zeit, die Du an unsere gemeinsame Aufgabe gewandt hast, viel Zeit, gute Zeit.

Der Anfang war schwierig; das Amt des Sprechers blieb zunächst unbesetzt und es gab auch sonst einigen Anlass, Schwarz zu sehen, Andreas Schwarz. Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, weil Du mit dem Leitungsteam zusammen rechtzeitig die richtige Entscheidung getroffen hast.

Dann kam Conny mit ins Boot und die Friedensräume in ruhigeres Fahrwasser - ich empfinde das immer noch als ein Wunder. Diese erste Drei-Jahres-Periode war auch sonst keine Zeit des Ausruhens; der Kosovokrieg war noch frisch, aber es gab keine Zeit zur Besinnung: Schlag auf Schlag kamen die zweite Intifada, der 11. September 2001 und die Kriege in Afghanistan und Irak. Wir haben geredet, Mahnwachen gehalten, Briefe geschrieben, demonstriert und uns auch untereinander gestritten, und es bedurfte Deiner großen integrativen Fähigkeiten, um die Bewegung zusammenzuhalten.

Die zweite Periode verlief für unsere Bewegung nicht ganz so turbulent; ich fürchte, wir beginnen uns schon an die schreckliche Neue Weltordnung zu gewöhnen. Für Dich war nicht nur die große Politik wichtig - wie beschränkt unser Einfluss dort ist, hatten die Kriege gerade gezeigt - sondern es ging Dir auch darum, die Ideen von Frieden und Gewaltfreiheit auf jede Ebene bis in die Kommunalpolitik, ja bis

in Beruf und Familie hineinzutragen. Die Einflussnahme auf die lokalen Konflikte und Möglichkeiten in der Stadt Augsburg wurde Dir ein besonderes Anliegen: Die Auseinandersetzung um den Moscheebau, die Sheridan-Kaserne, das Augsburger Friedensfest und schließlich die Beteiligung an PAX 2005 mit dem Friedenslauf als Höhepunkt. Dieser war so erfolgreich, dass sogar der Augsburger Nahverkehr dadurch revolutioniert wurde: In den neuen Bussen kann man Bilder von diesem Tag mit unseren Pace-Fahnen auf der Anzeigetafel bewundern! Die gute Verbindung zur Stadt und zum Bistum ist Ausdruck eines gewachsenen Vertrauens in unsere Bewegung, das auch mit Deiner Person zu tun hat, die sechs Jahre lang für diese Bewegung stand.

Neulich traf ich den Herrn Generalvikar Heigl auf einer Univeranstaltung. Ich stellte mich ihm als Sprecher von pax christi Augsburg vor. Die Reaktion war vermutlich charakteristisch: "Wie? Seit wann denn?".

Nun müssen wir also im Vorstand ohne Dich auskommen, was mir noch etwas schwer vorstellbar ist.

Aber Du hast Dich ja bereit erklärt, die Verbindung mit der Stadt, besonders in Hinblick auf die Sheridan-Kaserne, weiter zu pflegen, und dafür bin ich Dir ganz besonders dankbar.

Ich freue mich für Dich über Deine neu gewonnene Freiheit von Vorstands- und sonstigen Terminen. Du wirst sicher keine Mühe haben, die so gewonnene Zeit auszufüllen!
Jost



Liebe Hildegard,

Vieles von unserer Persönlichkeit ist schon in unseren Genen angelegt.

Vielleicht gibt es auch so etwas wie spirituelle Gene - so habe ich, um Deine pax christi Persönlichkeit zu würdigen, einer Verbindung mit Deiner großen Namenspatronin, der hl. Hildegard von Bingen, nachgespürt.

Gewöhnlich kennt man sie ja als Expertin in Heilkräutern.

Sie war aber mehr:

Mystikerin, Prophetin, Visionärin.

Im Kloster erzogen, reift sie zu staunenswerter Selbständigkeit heran, gründet bei Bingen ein eigenes Kloster, sorgt als Oberin mit Feingefühl für die Ihren.

Und damit sind wir schon bei Dir, bei Deiner Sorge für Deinen Mann Michael und Deine Kinder, für Menschen in Nöten in der Klinikseelsorge und als Beirätin in pax christi.

Die hl. Hildegard schrieb ein Buch „Scivias“ (= Wisse die Wege), „Gewusst wie“ dürfen wir das für uns ins Profane übersetzen.

Du hast zwar kein Buch geschrieben, aber hast gewusst wie Du unserem Bistumsstellenteam ein schmackhaftes Essen auf-tischen konntest, natürlich mit Kräutern und Gewürzen aus der „Hildegard-Apotheke“;

Du hast gewusst, wie bei unseren Vorstandssitzungen die Dinge auf den Punkt gebracht werden konnten, hast umsichtig bei den Diözesanversammlungen den Konferenzteil zwischen „Bewegung“ und „e.V.“ hindurchgesteuert, - selbst nach Deiner „Abdankung“ hast Du diesen Nervenkitzel bei der letzten DV noch mal auf Dich genommen.

Hildegard von Bingen war auch eine große Mystikerin, in Gebet und Meditation versunken.

Und sie hatte Visionen, in denen sich ihr zwar nicht jede Bibelstelle, aber der Sinn der Bibel insgesamt erschloss.

Zu unserer pax christi Bewegung gehört ganz wesentlich das Gebet. In den Anfangszeiten war pax christi sogar vor allem eine Gebetsgemeinschaft. Du hast das Wissen, das Du Dir als Diplomtheologin angeeignet hast, weitergedacht und hast die



Gestaltung der Friedensgebete zu einem Deiner Schwerpunkte gemacht. Deine Visionen waren geprägt von der Befreiungstheologie, von der Frage nach sozialer Gerechtigkeit in Südamerika und in der Arbeitswelt bei uns (am Wirken der Arbeiterpriester hast Du Anteil genommen und hast selbst zeitweise als Hilfsarbeiterin Erfahrungen gemacht).

Die Vision „Bewahrung der Schöpfung“ versuchtest Du mit ökologischem Landbau zu verwirklichen.

Noch in hohem Alter reitet Hildegard zum Kloster Maulbronn (Württemb.)

Liebe Hildegard, Du willst nun neue Schwerpunkte setzen in Deinem Leben. Wir danken Dir für die vielen Jahre, in denen Du unserer Bewegung Deine Fähigkeiten zur Verfügung gestellt hast. Wir freuen uns, dass Du uns auch weiterhin unterstützen willst.

Wir wünschen Dir, dass Dir Dein Mitfühlen mit anderen erhalten bleibt, dass Du bis ins hohe Alter rüstig bleibst und weiterhin Deine Schritte auf den Weg des Friedens lenkst.

Siegfried





Bürgerlied

Ob wir rote, grüne Kragen,
Kopftuch oder Hüte tragen,
Schlappen tragen oder Schuh;
Oder ob im Schlamm wir ste-
cken
Und den Kopf zu den Sternen
recken
Das tut, das tut nichts dazu.

Ob wir können präsidieren
Oder müssen lobbyieren,
ohne Rast und ohne Ruh;
ob wir Publik Forum lesen
oder helfen zu genesen
Das tut, das tut nichts dazu.

Ob wir mit PS anreisen,
oder ob zu Fuß wir schreiten
fürbaß unserm Ziele zu;
ob uns Kreuze vorne schmü-
cken
oder Kreuze hinten drücken:
das tut, das tut nichts dazu.

Aber ob wir Neues bauen
Oder Altes nur verdauen,
wie das Gras verdaut die Kuh;
ob wir in der Welt was schaf-
fen
oder nur die Welt begaffen:
Das tut, das tut was dazu.

Ob im Kopfe etwas Grütze
Und im Herzen Licht und
Hitze,
dass es brennt in einem Nu;
oder ob wir hinter Mauern
stets im Dunklen träge kau-
ern:
das tut, das tut was dazu.

Ob wir rüstig und geschäftig,
wo es gilt zu wirken kräftig,
immer tapfer greifen zu;
oder ob wir schläfrig denken:
„Gott wird’s schon im Schla-
fe schenken!“
Das tut, das tut was dazu.

Drum Ihr Schwestern, drum Ihr
Brüder,
alle eines Bundes Glieder,
was auch jeder von uns tu –
alle, die dies Lied gesungen,
so die Alten wie die Jungen,
tun wir, tun wir was dazu!



Liebe Freundinnen und Freunde von pax christi,



Barbara Emrich

bei der letzten Mitgliederversammlung wurde ich zur Sprecherin gewählt. Nun will ich die Gelegenheit nutzen, mich auch denen vorzustellen, die nicht bei der Versammlung dabei sein konnten und mich noch nicht kennen.

Ich bin 1958 geboren, verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von 16 und 14 Jahren. Seit Anfang der achtziger Jahre bin ich Mitglied bei pax christi und war schon einmal in den Jahren 1998 – 2000 Sprecherin. Der Beginn meiner Mitgliedschaft bei pax christi war 1982. Damals schlossen sich einige kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf Initiative von Walter Winter zusammen und traten an den damaligen Bischof Dr. Josef Stimpfle heran mit der Bitte, den Teil der Lohnsteuer einzubehalten, der in die Rüstung fließt. Die Aussichten auf Erfolg waren nicht sehr groß; dies hat sich auch bestätigt. Dennoch war es ein Teil einer größeren Initiative mit dem Ziel, die Rüstungssteuer zum Thema zu machen. Zugleich war es der Anfang der pax christi Gruppe

„Kirchliche MitarbeiterInnen“ mit zahlreichen Aktionen, die von dieser Gruppe ausgingen.

Mich persönlich haben diese Zeit und das Engagement in dieser Gruppe sehr geprägt. Es waren die Auseinandersetzungen um ganz zentrale Themen, wie z.B.: Wie viel Sicherheit brauchen wir? Würden wir ein Leben unter einem totalitären Regime in Kauf nehmen? Wie weit geht unsere Zivilcourage? Diese Diskussionen wurden sehr persönlich und auch auf dem Hintergrund unseres christlichen Glaubens geführt und mündeten immer wieder in Aktionen.

Die Verknüpfung von Aktion und Spiritualität verbinde ich von Anfang an mit pax christi. Diese beiden Pole gehören für mich zusammen. Anders ist Friedensarbeit für mich nicht möglich. Letztlich geht es ja auch heute um die Frage, wie viel Sicherheit wir brauchen, z.B. in Hinblick auf Ressourcen und Rohstoffe, was wir in Kauf nehmen z.B. an Militarisierung, um diese Sicherheit zu gewährleisten oder ob wir auch noch eine andere, innere Sicherheit haben. Ich stelle mir oft vor,

wie die Welt ausschauen würde, wenn all das Geld und vor allem die Intelligenz und geistige Kraft, die derzeit in die Rüstung fließen, in Friedensarbeit und Armutsbekämpfung fließen würde.

pax christi ist für mich ein kleiner, feiner lebendiger Verband, mit vielen Menschen, die mich bereichern haben und mich bereichern und der schon viel auf den Weg und ins Bewußtsein gebracht hat. Besonders freut mich die Entwicklung der Friedensräume in Lindau. Dies ist nur möglich, weil immer wieder Menschen über Jahre hinweg Zeit und auch Geld zur Verfügung gestellt haben, um die Friedensarbeit von pax christi voran zu bringen und weiter zu entwickeln. Dabei mitzuhelfen, sehe ich als meine Aufgabe als neu gewählte Sprecherin und freue mich auf die Arbeit im Vorstand.

ger geworden; aber ich habe gemerkt, dass die Gefahr sehr groß ist, mich in meinem Alltag zu verlieren und dass mein Blickwinkel sehr eng wird. Die Auseinandersetzung mit dem Anderen und die damit verbundene Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen und Lösungsmöglichkeiten in Konfliktsituationen zu suchen, sind für mich wichtige Themen.

pax christi ist für mich als Christin auch ein Platz, wo ich spüre, dass das Wort Gottes ernst genommen wird und es nicht nur darum geht, seinen eigenen Frieden mit Gott und der Welt zu finden, sondern dass wir versuchen, die Bergpredigt Jesu, „so gut ein jeder es kann“, lebendig werden zu lassen.

Dies ist der Grund, warum ich mich wieder mehr als nur als zahlendes Mitglied in pax christi einbringen möchte.

Edith Neidlinger

Warum ich wieder im pax christi Vorstand mitarbeite

Es ist eine Zeit lang her, dass ich pax christi Geschäftsführerin war. Diese Zeit war für mich sehr prägend. Aus Zeitgründen (Berufstätigkeit, Familie) habe ich dieses Amt dann an den Sascha weitergegeben. Ich war damals sehr froh, so einen Nachfolger zu haben.

Inzwischen sind einige Jahre vergangen, unsere Kinder sind erwachsen und ich bin bereits Oma geworden. Die Arbeit ist nicht weni-





Aufruf zur Gründung einer Sachgruppe

“Interreligiöser Friedensdialog”

Seit seiner Gründung hat pax christi die Aufgabe, in den aktuellen Konfliktfeldern für Verständigung und Versöhnung zu arbeiten.

Spätestens seit der Ausrufung des “Kriegs gegen den Terror” steht der Islam im Zentrum der Kritik und der Auseinandersetzung mit den westlichen Gesellschaften.

Die Versöhnung unter den Religionen, heute besonders mit dem Islam, ist das ureigenste Anliegen von pax christi als religiöse Friedensgruppe. Keine andere Bewegung kann uns diese Aufgabe abnehmen.

Es gab in den letzten Jahren dafür schon vielfältige Ansätze und ermutigende Zeichen, wie fruchtbar ein solcher Dialog sein könnte.

Eine neue Sachgruppe könnte diese Bemühungen koordinieren und weiter vorantreiben; es sind Bemühungen um Gemeinsamkeit und Frieden, die ein Zeichen setzen gegen die immer lauter werdende Kriegshetze im “Kampf der Kulturen”.

Die Initiative zur Gründung der Sachgruppe ging aus von Ulrich Hoffmann, unserem Beirat für interreligiösen Dialog.

Er lädt zu einem ersten Treffen ein:

Mittwoch, 13. Juni 2007, 19 Uhr, Büro Ottmarsgäßchen 8

Alle, die an dem Thema Interesse haben, sind ganz herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Jost



**Wenn uns das Leben gefällt,
darf uns der Tod nicht abstoßen,
denn er kommt aus der Hand
des gleichen Meisters.**

(Michelangelo)

Wir gedenken des Todes von August Gammel (5.4.2007).



Herr Gammel war langjähriges Mitglied in unserer Bewegung und Ende der 60iger Jahre deren Vorsitzender. Dankbar erinnern wir uns seines glaubwürdigen Friedensengagements für den Frieden Christi, der ihm sehr wichtig war.

Auch gedenken wir des stillen Todes von **Herrn Heinrich Wilhelm**, den sicher noch einige als Rezitator von Reinhold Schneider-Texten bei vielen Veranstaltungen als überzeugten Friedenskämpfer in Erinnerung haben.

Mögen beide in Gottes Frieden ruhen.



Pressemitteilung

friedens räume Lindau sind ‘Ausgewählter Ort 2007’ im Land der Ideen

(Lindau, 23.04.2007) – Die friedens räume wurden am 23. April in Lindau als „Ausgewählter Ort 2007“ ausgezeichnet. Damit gehören die friedens räume nun offiziell zu den von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ ausgezeichneten „365 Orten im Land der Ideen“.

Die Lindauer Oberbürgermeisterin Petra Meier to Bernd-Seidl sowie Dr. Albrecht Gribl, Hauptkonservator bei der Landesstelle für die Nichtstaatlichen Museen, gratulierten dem Leitungsteam der friedens räume. Höhepunkt der Preisverleihung war eine Kunstpräsentation des Liechtensteinischen Gymnasiums Vaduz. 12 Schülerinnen und Schüler stellten ihre eindrucksvollen Ideen zum Thema „Versöhnung“ vor.

Günter Muckel, Deutsche Bank Friedrichshafen, hob in seiner Laudatio besonders den Ideenreichtum der friedens räume hervor: „Die friedens räume sind ein Ort der Begegnung mit eigenen Konflikten, aber auch mit gesellschaftlicher Gewalt. Sie vermitteln den Wert unseres höchsten Gutes: Frieden. Dieses ehrgeizige Engagement ist ein herausragendes Beispiel für den Ideenreichtum in unserem Land.“ Cornelia Speth, Koordinatorin des Museums, freut sich über die Auszeichnung: „Wir sind sehr stolz, ein ausgewählter Ort im Land der Ideen zu sein“. „Die Auszeichnung bestärkt uns in unserer Friedensarbeit und ist eine Anerkennung für das Engagement unserer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Cornelia Speth.

Die friedens räume hatten sich als einer von über 1.500 Orten am Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ beteiligt, der gemeinsam von der Deutschen Bank und der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ durchgeführt wurde. Der Schirmherr der Initiative ist der Bundespräsident Horst Köhler.

Pressekontakt:

Ausgewählter Ort friedens räume Villa Lindenhof
Ansprechpartner Cornelia Speth
Straße Lindenhofweg 25
PLZ Ort 88131 Lindau
Tel.: (00 49) 8382 – 24 594
Fax: (00 49) 8382 – 24 594
E-Mail: friedensraeume@freenet.de

Deutsche Bank Presse
Sandra Haake-Sonntag
Tel.: (00 49) 069/910-42925
E-Mail: sandra.haake-Sonntag@db.com

Weitere Informationen unter:
[WEBSITE](#) oder www.land-der-ideen.de





aus den friedens räumen

Projekt „Patenschaft“

Für unsere hauptamtliche Kraft in den friedens räumen

Wir suchen weitere Paten, um diese Fachkraft finanzieren zu können. Suchen Sie bitte mit uns neue Paten. Sprechen Sie Freunde an zur Unterstützung unseres einzigartigen Projektes in Lindau.

Hier der Einstieg in die Finanzierung:

Ich/wir
unterstütze/n das Projekt „Patenschaft“ für die friedens räume in Lindau mit einem Betrag von €

monatlich vierteljährlich jährlich

ich erteile widerruflich eine Einzugsermächtigung über den genannten Betrag zu Lasten

Konto Nr.

BLZ

Kontoführendes Institut

Name und Anschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Das ausgefüllte Formular bitte an folgende Adresse senden:
pax christi Diözese Augsburg e.V., Ottmarsgässchen 8, 86152 Augsburg,



Basisgruppe Sonthofen

Wir sind ein wenig stolz, dass wir als kleine Gruppe (fünf Personen) die Gastgeberschaft für die Delegiertenversammlung am 18.11.2006 gut bewältigen konnten – eine positive Herausforderung.

Die Gebetsstunde zum Weltfriedenstag am 12. Januar 2007 wurde gemeinsam mit dem Kath. Frauenbund in der Pfarrkirche Altstädten gestaltet – das 4. Mal und wieder in einer anderen Kirche des Stadtgebiets.

Das Thema „Gewalt in den Weltreligionen“ beschäftigt uns weiterhin:

Nach dem Hinduismus steht nun für uns der Islam im Mittelpunkt – mit heißen Diskussionen. Es trifft sich gut, dass dazu in Sonthofen gerade eine ökumenische Veranstaltungsreihe über „Gewalt und Friedfertigkeit in den monotheistischen Weltreligionen“ läuft:

Christentum (27.2. Pfarrer i.R. Hermann Ehle), Judentum (8.3. Rabbiner Dr. Henry G. Brandt aus Augsburg) und Islam (28.3. Bekir Alboga, Dialogbeauftragter des türkischen Moscheendachverbandes Ditib).

Karl Günthör

Spruch von Jean Goss:

In Wirklichkeit aber sind Wahrheit und Gerechtigkeit Werte, die so wie Christus, die Kirche und der Mensch keine Verteidiger benötigen! Diese Werte brauchen vielmehr Zeugen, d.h. Menschen, die an sie glauben und die diese Werte leben, inkarnieren – bis zur Hingabe des eigenen Lebens, wenn nötig, so wie Christus es getan hat! Gandhi, Martin Luther King und unzählige Märtyrer, Gläubige und manchmal Atheisten haben diese Wahrheit und diesen Weg bezeugt.



Aus der Sachgruppe Israel-Palästina

Die Sachgruppe Israel-Palästina trifft sich mit ca. 6-8 Personen alle 4 Wochen.

Nach der Gestaltung des letzten Rundbriefes zum Thema Israel-Palästina sehen wir weiterhin eine wichtige Aufgabe der Sachgruppe, uns selbst zu informieren und Informationen pax-christi-intern und darüber hinaus weiterzugeben.

So organisierten wir letztes Jahr die Ausstellung „Bethlehem – Leben in einem besetzten Land“ in St. Moritz, Augsburg, mit einem Eröffnungsgottesdienst mit Pater Rainer Fielenbach. Die Gruppe hatte auch die christliche Palästinenserin Faten Mukarker zum Thema „Mauer in Palästina“ und die Jüdin und Israelin Roni Hammermann zum Thema „Checkpoints“ nach Augsburg eingeladen. Mit Olivenholzverkauf aus Bethlehem und der Scherben-Engelaktion vor Weihnachten (Verkauf von über 2000 Scherben-Engel in Gruppen und Pfarreien) konnte ein Beitrag zur Unterstützung der Menschen und Christen in dieser Region geleistet werden; zugleich war dies eine gute Möglichkeit, auf die verzweifelte Situation in Palästina hinzuweisen.

Nach der Begegnung und dem Austausch der Sachgruppe mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische

Zusammenarbeit und dem nicht einfachen Dialog mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft planen wir ein Gespräch mit dem Pilgerbüro der Diözese Augsburg, um über Pilgerreisen ins Heilige Land und die Art und Weise der Durchführung ins Gespräch zu kommen.

Ende März hatten wir Prof. Dr. Rolf Verleger vom Direktorium des Zentralrats der Juden zum Thema „Nächstenliebe? Antisemitismus?“ eingeladen.

Des weiteren ist für Juni eine Fotoausstellung „Palästina – Alltag unter Besatzung“ mit einem politischen Nachtgebet in St. Moritz, Augsburg, geplant (siehe Vorschau auf Veranstaltungen). Fest vereinbart ist bereits eine Rundreise mit 10 Vorträgen der israelischen Friedensaktivistin Roni Hammermann aus Tel Aviv in unseren pax christi Basisgruppen, in Pfarreien und Schulen. Vor Weihnachten steht dann schon wieder die Scherben-Engelaktion an. Also unsere Sachgruppe ist sehr vital und freut sich über weitere Mitglieder. Interessenten bitte an der Bistumsstelle melden.

Übrigens unsere Stoffmauer ist immer noch auszuleihen.

Christian Artner-Schedler



Achtung: „Stoff-Mauer“ Ausleihe
pax christi Augsburg, Ottmarsgässchen 8, 86152 Augsburg
Tel. 0821/517751 – Fax 0821/4506325
Oder E-mail: pc.augsburg@gmx.de

Nähere Information: gut verwendbar für Öffentlichkeitsaktionen, aufhängbar zwischen Fahnenmasten oder an Gebäudewand herunterlassen.

Maße: Höhe 8 m – Breite 3,80 m

Material: Leichter, aber fester Segelstoff mit ca. 50 kleinen Luftlöchern

Befestigung: Je Seite an 8 Stellen mit 2 ca. 40 cm langen Bändern zum Anbinden

Bedingung: Gegen Versandkosten kostenfreie Ausleihe (kleine Spende freut uns)



Wo stehen wir heute?

Wir leben in einem Land, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts das größte bis dahin ausdenkbare Unheil über unseren Kontinent gebracht hat. Ältere Menschen, die diese Zeit miterlebt haben, haben uns noch von ihren damaligen Gefühlen erzählt. Niemand hat den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bejubelt, dafür waren die Schrecken des Ersten noch zu frisch in Erinnerung. Aber die gleichgeschalteten Medien erfüllten ihre Aufgabe; sehr viele hielten diesen Krieg für richtig oder unausweichlich, andere mochten sich jedenfalls nicht ausschließen, nicht als "Drückeberger" dastehen, selbst wenn sie die Möglichkeit dazu hatten. Wir Jüngeren, die wir das unverdiente Glück hatten, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts aufzuwachsen, mochten die Erzählungen aus der Nazi- und Kriegszeit oft nicht hören; zu sehr rochen sie für uns nach Rechtfertigung von etwas, das nicht zu rechtfertigen war. Einige Jahrzehnte später war es uns fast ganz gelungen zu verdrängen, auf welcher Seite unsere Eltern und Großeltern gestanden und gekämpft hatten, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Wehe uns, denn damit hätten wir die wichtigste kollektive Erfahrung unseres Volkes verspielt, die Erfahrung der vollständigen Niederlage, Demütigung und Scham angesichts der abgrundtief bösen Taten des

Staates, dem man treu bis in den Tod gedient hatte. Die Erfahrung, dass alle die großen patriotischen Gefühle der ersten Jahrhunderthälfte null und nichtig waren, nur durch ein teuflisches Blendwerk hervorgerufen. Diese Erfahrung hat uns immerhin die längste Friedenszeit der Geschichte beschert. "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!"

Doch heute hat sich der Gedanke des Krieges längst wieder in die Köpfe und Herzen der Menschen hineingefressen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Wiedervereinigung ist die Schonzeit auch für uns Deutsche vorbei. Die USA geben über eine halbe Billion (500 000 000 000) Dollar jährlich für das Militär aus, knapp die Hälfte der Militärausgaben aller Nationen zusammengenommen; damit kann man schon etwas machen. Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Absichten? Aber ja doch, das effektivste, das es gibt! Zuerst wird das Ziel festgesetzt, das man unter allen Umständen erreichen will; das oberste Ziel ist die weltweite Zugriffsmöglichkeit auf die knapper werdenden Rohstoffe. Steht ein Land irgendwo auf der Welt dem vorgegebenen Ziel im Wege, dann sollten im Regelfall zuerst alle anderen Mittel ausgeschöpft werden, um dieses Hindernis zu beseitigen. Diese sind umso



wirkungsvoller, je einiger die westlichen Staaten untereinander sind. Deshalb schließen sich auch die europäischen Länder mehr oder weniger begeistert der Politik der Führungsmacht USA an, die ja auch im Interesse ihrer eigenen Rohstoffsicherung steht. Im europäischen Verfassungsentwurf ebenso wie in den Richtlinien der Bundeswehr wird ausdrücklich darauf Bezug genommen. Wenn alles nichts hilft, steht im Hintergrund immer das "letzte Mittel" (ultima ratio) bereit, der Krieg.

Heute sind die Medien nicht durch staatliche Lenkung gleichgeschaltet, und dennoch weichen sie nur in Nuancen vom "Mainstream" (dem "Zeitgeist") ab. Besonders der Einsatz in Afghanistan ist fast unumstritten. Typisch für diese Zeitgeist-Meinung ist die Stellungnahme eines Bundestagsabgeordneten (Hartwig Fischer, CDU) zur Rechtfertigung des Tornado-Einsatzes der Bundeswehr:

“Die NATO ist daher übereingekommen, dass eine umfassende Sicherheitskontrolle nur möglich ist, wenn eine flächendeckende Aufklärung aus der Luft gewährleistet wird. Die Luftaufklärung garantiert, dass ISAF sich umfassend über die gesamte Lage in Afghanistan informieren kann, um den Schutz für Soldaten, die zivilen Helfer und die afghanische Bevölkerung zu verbessern. Eine Verbesserung der

Aufklärung steigert die Effizienz der ISAF Stabilisierungs- und Sicherungsoperationen.”

Eine technische Sprache zur Lösung des technischen Problems, Sicherheit zu gewährleisten. Sicherheit zum Beispiel vor der "Frühjahrsoffensive der Taliban", der man mit einer Frühjahrsoffensive der Nato zuvorzukommen gedenkt. Kein Gedanke daran, ob es "Recht" war und weiterhin ist, die Taliban (d.h. die frühere Regierung) in ihrem eigenen Land militärisch anzugreifen, gar nicht zu reden von den Opfern in der Zivilbevölkerung, die man in Kauf genommen hat und weiterhin in Kauf zu nehmen gedenkt, von den massenhaften Ermordungen von Gefangenen am Ende des Krieges von 2001, von den Folterungen, die Murat Kurnaz und viele andere erduldet haben, von den Gefangenen in Guantanamo, die bis zum Ende ihres Lebens dort schmoren sollen - solange der "Krieg gegen den Terror" währt, der ja keinen Frieden zulässt - wer wollte Frieden mit dem Terror schließen? Deshalb ist auch an eine Verhandlungslösung in Afghanistan nicht zu denken.

Die Kriegsgründe können so absurd sein, wie sie wollen, Bin Laden, der von der afghanischen Wüste aus die Twin Towers zum Einsturz brachte, Saddam Hussein, der im Wüstensand Massenvernichtungswaffen versteckte, die Palästinenser, die friedlich werden, wenn man sie



aushungert, ihr Land wegnimmt und ihre Häuser zerstört, die Hisbollah, die die gefangenen israelischen Soldaten umso eher wieder frei lässt, je mehr Wohnhäuser, Brücken und Elektrizitätswerke man im Libanon zerbombt, Ahmadinedschad, der keine Massenvernichtungswaffen besitzt, sagt, dass er keine haben will, von der IAEO kontrolliert wird, aber vielleicht doch irgendwann welche haben könnte - es bedarf heute offensichtlich keines finsternen Genies der Lüge wie Joseph Goebbels mehr, um Kriege vorzubereiten. Egal wie unsinnig die Argumente sind, die wirkliche Sprache sprechen die Waffen, und die Menschen im Westen beugen sich der Sprache der Gewalt.

Wir, die wir um die Abgründe der deutschen Geschichte wissen und die wir uns auf Jesus Christus berufen, der uns eine Gegenwelt offenbart hat, die Seligpreisungen der Bergpredigt - welche Konsequenz sollen wir daraus ziehen? Für mich ist die einzige Konsequenz ein unbedingtes NEIN zu einer Politik, die über Leichen geht und vordefinierte politische Ziele mit allen Mitteln rücksichtslos durchsetzt. Mit keinem Quäntchen unseres Herzens sollten wir dieser Politik Vertrauen entgegenbringen!

Die Versuchung, es dennoch zu tun, kommt immer wieder in unterschiedlicher Gestalt. Weite Teile der

Friedensbewegung sind ihr 1999 erlegen, als es um den Kosovokrieg ging. "Welche Alternative habt ihr?" wird gefragt. Man kann doch nicht einfach tatenlos zusehen, wie die Menschen abgeschlachtet werden, im Kosovo, in Ruanda, in Darfour. Man kann sehr wohl mit Waffengewalt einen Völkermord verhindern!

Aber wer fordert denn am lautesten ein militärisches Eingreifen in solchen Krisenherden? Es sind dieselben Leute, deren Politik wir bereits kennen - und in diesem Fall sollen wir ihnen vertrauen, dass sie die militärischen Machtmittel zum Wohle der Menschen einsetzen? Das Kosovo-Beispiel ist uns am besten bekannt. Wir wissen, dass unsere Bevölkerung, die gerade den politischen Wechsel gewählt hatte, durch Übertreibungen und Lügen auf den Angriff eingestimmt wurde, dass die Nato-Luftangriffe im Frühjahr 1999 die Probleme nicht gelöst, sondern ungeheuer verschärft haben, dass die große Fluchtwelle erst nach Beginn dieser Angriffe ausbrach, dass 10000 Menschen durch den Krieg ihr Leben verloren, viel mehr noch ihre wirtschaftliche Existenz, dass es dem Land noch heute wirtschaftlich viel schlechter geht als unter der serbischen Regierung, dass das Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen nach dem Krieg viel schwieriger geworden ist, dass auch



heute niemandem eine Lösung einfällt, der Serben und Kosovaren zustimmen könnten. Aber keiner der damaligen Befürworter bekennt heute öffentlich Reue und gesteht ein, sich furchtbar geirrt zu haben. Vielmehr wird immer wieder in allen Konfliktherden die gleiche "Lösung" vorgeschlagen und akzeptiert.

Aber die Frage bleibt: "Was ist die Alternative?" Am Anfang muss das Eingeständnis stehen, dass wir keine Lösung für die Konflikte in anderen Weltgegenden bieten können. Sie müssen vor Ort gelöst werden, und Ausländer können einen solchen Prozess höchstens anregen und begleiten, aber nicht diktieren. Sie können in der Tat auch zum Schutz bedrohter Personen oder Gruppen beitragen, aber nur, wenn sie nicht ihrerseits wieder als Bedrohung wahrgenommen werden. Dazu haben sich zivile, gewaltfreie Gruppen wie Peace Brigades International, ZFD oder Nonviolent Peaceforce (NP) als durchaus effektiv erwiesen. Natürlich sind sie nicht "allmächtig" und können nicht alle Katastrophen verhindern. NP konnte in Sri Lanka nicht den erneuten Ausbruch des Bürgerkriegs verhindern, aber sie konnten Leuten (begrenzt) Schutz gewähren, Kontakte nutzen, Gesprächsfäden wiederanknüpfen.

Wie steht es denn überhaupt mit der "Allmacht"? Jesus Christus ist nicht

den Weg gegangen, seine Landsleute militärisch zu schützen und die römische Besatzung zu zerschmettern. Er ging den Weg ans Kreuz.

Jesu Weg ist der Weg der Gewaltfreiheit. Nicht wegsehen, das Böse wahrnehmen, sich ihm in den Weg stellen, aber nicht mit den Mitteln des Bösen, sondern das Böse mit dem Guten bekämpfen. Der Kampf zwischen Gut und Böse findet in den Herzen der Menschen statt, auch in unserem eigenen Herzen; die Muslime nennen ihn den "großen Jihad". Der Weg der Gewaltfreiheit stärkt das Gute in unseren eigenen Herzen und in denen unserer Gegner, auch der Übeltäter. Er beruht auf dem Wissen, dass die Unterschiede zwischen den Menschen so groß nicht sind; die "Terroristen" und die "Feinde" sind keine andere Gattung, sondern von ähnlichen Gefühlen und Widersprüchen geplagt und zerrissen wie auch wir. Die Übeltäter sind nicht so übel und die Guten nicht so gut, wie uns die Propaganda glauben machen möchte, und zu den furchtbaren Gewaltexzessen, zu denen es im Laufe der Geschichte, besonders der jüngsten, immer wieder gekommen ist, sind wir alle fähig. Nur ein Beleg dafür: In der Zeit der Nachrüstung fand die große Mehrheit unserer Landsleute in Westdeutschland die Aufstellung der Pershing-Raketen in Ordnung; sie billigten damit, dass im Falle eines sowjetischen Angriffs



sämtliche Einwohner Moskaus in einem Augenblick durch einen Atomblitz verschmort worden wären. Da kommt selbst Auschwitz nicht mit. Wir sind alle durchdrungen von Gewalttätigkeit in vielerlei Form; deshalb beginnt das pax christi Gelübde der Gewaltfreiheit mit dem Streben nach Frieden im eigenen Herzen, kein Friede der Selbstgenügsamkeit, sondern ein Friede, der geteilt wird, im Kleinen und im Großen. Gandhi schreibt am Ende seiner Autobiographie: "Wer meint, dass Religion und Politik nichts miteinander zu tun haben, der versteht nichts von Religion."

Jost Eschenburg



Antworten der Fragen auf Seite 22/25:

- Zu 1. 482 Seiten, in die anscheinend die meisten unserer Abgeordneten auch kaum hineingeschaut haben.
- Zu 2. 186 x, denn die Banken spielen eine große Rolle – denn auf den Vorrang des Kapitals und dessen Freizügigkeit zu spekulativer Vermehrung wird großer Wert gelegt.
- Zu 3. 33 x, da die Konkurrenz in diesem Europa so wichtig ist ! Bereiten Sie sich auf einen heftigen Überlebenskampf vor!
- Zu 4. 27, nachdem als Mitgliedsstaaten für die EU auch Bulgarien und Rumänien ohne Befragung der Bevölkerung hinzukamen.
- Zu 5. keines dieser Rechte. Ihnen wird nur das „Recht zu arbeiten“ zugesprochen.

(Quizfragen mit Antwort von attac Augsburg)



Das Gelöbnis von pax christi USA

“In Erkenntnis der Gewaltbereitschaft meines eigenen Herzens, aber im Vertrauen auf die Güte und die Gnade Gottes gelobe ich, die Gewaltfreiheit von Jesus zu praktizieren, der uns in der Bergpredigt gelehrt hat:

Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden. Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist: Liebe deinen Nächsten und hasse deinen Feind. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne und Töchter eures Gottes im Himmel sein könnt.’

Vor Gott dem Schöpfer und dem Heiligen Geist gelobe ich, in meinem Leben der Liebe und dem Beispiel von Jesus nachzufolgen,

- indem ich nach Frieden in mir selbst strebe und mich bemühe, in meinem täglichen Leben ein Friedensstifter zu sein,
- indem ich lieber Leiden im Kampf um Gerechtigkeit auf mich nehme als es anderen zuzufügen,
- indem ich mich weigere, angesichts von Provokation und Gewalt zurückzuschlagen, indem ich an der Gewaltfreiheit der Zunge und des Herzens festhalte, indem ich gewissenhaft und einfach lebe, damit ich nicht andere ihrer Lebenmöglichkeiten beraube oder der Schöpfung Schaden zufüge, indem ich mich aktiv dem Bösen

widersetze und gewaltfrei daran arbeite, Krieg und die Ursachen von Krieg aus meinem eigenen Herzen und aus dem Antlitz der Erde zu tilgen. Gott, ich vertraue deiner ausdauernden Liebe und glaube: So, wie Du mir die Gnade und die Sehnsucht gabst, dieses Versprechen zu leisten, so wirst Du mir auch Gnade im Überfluss gewähren, um es zu erfüllen.”

Dieses Gelöbnis aus der amerikanischen pax christi Bewegung ist jetzt 25 Jahre alt. Einer seiner Autoren, der Jesuitenpater John Dear, der in New Mexico lebt, hat zum Jahreswechsel 2007 daran erinnert

(www.fatherjohndear.org).

Er schreibt dazu:

“Vor 25 Jahren legten einige meiner Freunde und ich ein Gelübde für Gewaltfreiheit ab, so wie Gandhi es vor 100 Jahren getan hat [am 11. September 1906 in Johannesburg, Südafrika]. Nicht lange danach bat pax christi Eileen Egan und mich, einen Text für ein Gelübde zu entwerfen, das sie den pax christi Mitgliedern anbieten wollten als einen Weg, unser Leben dem Weg der Gewaltfreiheit des Evangeliums zu widmen. Seitdem haben zehntausende das Gelübde abgelegt.

Wenn ich an die Gewalttätigkeit, Armut, die Kriege und die Waffen in der Welt denke und mich gleichzeitig freue über den prachtvollen Schnee, der



die hiesige Wüstengegend und die entfernten Berge bedeckt, dann bin ich voll Dankbarkeit für dieses Gelübde der Gewaltfreiheit und für die Reise, die es mir eröffnet hat. Ich bin gewiss nicht vollkommen gewaltfrei, aber ich bin auf dieser Reise geblieben, und je älter ich werde, desto mehr entdecke ich, dass es die spirituelle Reise selbst sein könnte, die am meisten zählt, weil sie den größten Segen enthält.

Ich glaube, dass Gandhi Recht hatte: Die einzige Lösung für unsere persönliche, nationale und globale Gewalttätigkeit ist schöpferische liebende Gewaltfreiheit. Die größte Herausforderung, der wir uns als Individuen und als Gattung gegenübersehen, ist es, Menschen der schöpferischen Gewaltfreiheit zu werden, was bedeutet, dass wir von jetzt an gewaltfrei sein müssen zu unseren Ehepartnern, Kindern, Eltern, Verwandten, Nachbarn und zu jedem, dem wir begegnen, wie auch zu uns selbst, gewaltfrei in unserer Arbeit, gewaltfrei in unserer Sprache, gewaltfrei in unserer Politik, unseren Grundsätzen und Gesinnungen gegenüber der Menschheit und der Schöpfung selbst.

Diese Verpflichtung erfordert tägliche Meditation, andauerndes Studium, Lesen des Evangeliums, Aufbau der Gemeinde, wiederholtes Training und öffentliche Aktion. So oder so bedeutet es, den Gott des Friedens in das Zentrum unseres Lebens zu stellen, als

das Ziel unserer Lebensreise, als das Maß von allem, was wir tun. Wenn wir uns immer und immer wieder vollständig hingeben können an den Gott des Friedens, dann werden wir uns auf dem Weg der Gewaltfreiheit befinden und zu Werkzeugen des Friedens werden. Dann wird Gewaltfreiheit eine Lebensweise, eine Reise des Friedens zu dem Gott des Friedens. ... In dieser Zeit, wo wir das neue Jahr beginnen und wieder an unsere Arbeit gehen, um Krieg, Armut und Kernwaffen abzuschaffen, dachte ich daran, das ursprüngliche pax christi Gelübde für Gewaltfreiheit wieder anzubieten, als einen Weg, uns erneut dem gewaltfreien Jesus und seinem Leben der Liebe und des Friedens anzuvertrauen. Es passt gut in unsere lange Tradition feierlicher religiöser Gelübde, und es kann privat geleistet werden, in einer lokalen Friedensgemeinde oder in der Liturgie im Gemeindegottesdienst. Ihr könnt es mit der Familie, mit Freunden, Mitarbeitern, Nachbarn und Gemeindemitgliedern teilen. Manche lesen es jeden Morgen, um sich daran zu erinnern, dass sie eingeladen sind, einen Weg der Gewaltfreiheit zu gehen. Wenn dieses Gelübde ernst genommen wird, kann es uns auf einen neuen Kurs setzen, der uns unermesslichen Segen bringen wird, vielleicht sogar einen lebenslangen Einsatz für Frieden, Vergebung, Mitleiden und aushaltende Liebe, eine echte lebenslange Treue zu dem gewaltfreien Jesus.



DVD-Tipp:

Einmauern – ausgrenzen

Eine Bethlehem-Geschichte

Originaldokumentation „Walling in – Walling out“ von Hanna Musieh

Eine 20-minütige Dokumentation, die ein Schlaglicht wirft auf den Mauerbau und den Landraub durch die israelische Regierung im Gebiet Bethlehem – miterlebt durch die beeindruckenden Schilderungen der unmittelbar betroffenen Menschen. Auch der deutschen evangelischen Schule Talitha Kumi droht die Gefahr des Einmauerns. Der Film verdeutlicht die beängstigende Entwicklung, die sich in und um Bethlehem abzeichnet – 2000 Jahre nach Christi Geburt.

Auszuleihen bei der pax christi Bistumsstelle Augsburg

Leitlinien für eine EU-Verfassung

Überarbeitet auch von der Sachgruppe Soziale Verteidigung Augsburg
Stand Januar 2007

Impulse 12: Europa eine Seele geben

Memorandum des pax christi Präsidiums, Oktober 2006

Beides in Bad Vilbel zu bestellen

Buchtipps:

Yasmina Khadra: Die Attentäterin. München, Nagel & Kimche 2006, 270 S.
€19,90

Spannend von der ersten bis zur letzten Seite, ein aufrüttelnder Roman
(siehe www.3sat.de/3sat)



Auszug:

„... Man hat mich selbst oft genug gedemütigt, und ich weiß, wie es sich anfühlt. Alle Schandtaten sind möglich, wenn die Selbstachtung eines Menschen erst hinüber ist. Vor allem, wenn man feststellt, dass man nicht die Mittel hat, seine Würde wiederherzustellen, dass man ohnmächtig ist. Ich glaube, das ist die beste Schule des Hasses. Man lernt erst in der Sekunde wirklich zu hassen, in der man sich seiner Ohnmacht bewusst wird. Es ist ein tragischer Moment, der entsetzlichste und scheußlichste von allen.“

Yasmina Khadra erklärt:

„Wir Araber sind Menschen, die einfach die Erniedrigung, die Beleidigung hassen. Wir können mit Wasser und trockenem Brot leben. Mit nichts. Aber wir können nicht mehr normal leben, wenn man uns erniedrigt.“

„Für euch Europäer ist jemand, der sich in die Luft jagen will, krank. Aber er ist nicht krank“, erklärt Yasmina Khadra. „Wenn er sich in die Luft jagen will, tut er das, weil er nicht mehr leben will in der Welt, die ihr ihm anbietet.“ Und doch: In seinem Buch ist nicht die Attentäterin die Heldin. Der Held ist ihr Mann, der Humanist, der Arzt. „Für euch“, sagt er im Kernsatz des Romans zu einem Terroristen, „liegt das Paradies am Ende des Lebens. Für mich liegt es am Ende der ausgestreckten Hand“.

Bei Licht gesehen - Wilhelm Bruners, Kleine Schwester Rose von Jesus

80 Seiten, 35 Farbfotografien

dialogverlag Münster €16,80

ISBN 3-937961-73-2 978-3-937961-37-8

Gerade erschienen – Für alle, ein erfrischender Text und beeindruckende Bilder aus dem Heiligen Land, die auch die Gegenwart nicht ausblendet – ein ansprechender und sehr empfehlenswerter Bildband!



Vielen Heilig-Land-Pilgern dürfte die Verfasserin Sr. Rose von den Kleinen Schwestern Jesu in dem kleinen Laden der VI. Station der Via Dolorosa ebenso bekannt sein wie Pfr. Willi Bruners als geistlicher Begleiter auf Pilgerwegen.

Sie wohnen beide in der Jerusalemer Altstadt . Und doch trennen sie Welten. Der eine, katholischer Priester, wohnt im alten Gästehaus der österreichischen Kirche. Ein K.u.K.Palast. Sie, Kleine Schwester, Ordensfrau, lebt in der Via Dolorosa. In verwinkelten Gemäuern. In bescheidenen Verhältnissen. Mitten unter der palästinensischen Bevölkerung. Mitleidend. Er ist zumeist mit biblisch interessierten Menschen deutscher Sprache unterwegs. Sie hörten einander zu, erzählten, fingen an zu verstehen – die je andere Seite. Dabei entdeckte er ihre Fotosprache. Sie entwickelten gemeinsam eine Idee. Sie wurde konkret.

Wenn wir uns versöhnen – Verena Kast

Kreuz-Verlag €17,95 ISBN 3-7831-2626-6

Verzeihen, sich versöhnen: Das sind keine psychologischen Kategorien. Und dennoch ging und geht es im Leben, aber ebenso in der Psychotherapie letztlich immer auch darum, sich selbst zu versöhnen, mit dem eigenen Schicksal, mit Menschen, die uns geschadet haben. Man spricht im Rahmen der Psychotherapie eher davon, schwierige Lebenserfahrungen, wenn man sie durchgearbeitet hat, loszulassen, damit man sich wieder neu auf das Leben einlassen kann. Die Fähigkeit loszulassen aber ist verbunden mit der Fähigkeit, verzeihen und sich versöhnen zu können. (Verena Kast)

Sicher ein sehr lesenswertes Buch für unsere Friedensarbeit!



DEM FRIEDEN
Beine machen!



2. Interreligiöser Augsburger Friedenslauf 2007

Datum: Mittwoch, 18. Juli 2007

Ort: Augsburg, Dom – Fronhof

Schirmherrschaft:

für die Stadt Augsburg:

Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert

für die Religionsgemeinschaften:

Rabbiner Dr. h.c. Henry Brandt

Imam Mehmet Kecec

Prälat Dr. Bertram Meier

Regionalbischof Dr. Ernst Öffner





Checkpoints: Grenzenlose Begrenzung

Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser
Vortrag und Gespräch

Die von Roni Hammermann 2001 mitbegründete israelische Menschenrechtsorganisation Machsom Watch hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Geschehen an israelischen Checkpoints in der Westbank zu dokumentieren, für die Menschenrechte der dort passierenden Palästinenser einzutreten und die dokumentierten Geschehnisse einer weiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Referentin ist eine von 400 israelischen Frauen, die regelmäßig die derzeitigen permanenten Straßensperren innerhalb der Westbank beobachten. Sie spricht über politische, rechtliche und menschliche Aspekte der dortigen Situation.

Referentin:

Roni Hammermann, in Israel und Wien aufgewachsen, ist seit 1969 in der Friedensbewegung aktiv. Ihre Beobachtungen dokumentiert sie auf ihrer Webseite

www.machsomwatch.org

(Termine der Vorträge: siehe Termin-Seite)

Photoausstellung „Palästina – Alltag unter Besatzung“

Die beinahe alltägliche Berichterstattung über Palästina/Israel ist sehr stark durch Bilder geprägt.

Anliegen der Ausstellung

Die Photoausstellung „Palästina – Alltag unter Besatzung“ will diesen Kanon der festgeschriebenen Bilder aufbrechen und den Blick auf die prekäre Lage und den Alltag der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten lenken, der seit 1967 von der israelischen Besatzung bestimmt wird. Die Photoausstellung setzt bewusst auf andere, den Sehgewohnheiten nicht entsprechende Bilder und soll bei den Besuchern und Besucherinnen einen reflektierten Umgang mit der täglichen Berichterstattung über Palästina/Israel bewirken.

Ort: Augsburg, St. Moritz-Kirche – Seitenschiff

Datum: 17. Juni bis 5. Juli 2007

Eröffnung beim politischen Nachtgebet am 17. Juni um 20.30 Uhr in St. Moritz mit Reuven Moskovitz (israelischer Historiker) und George Banzer (christlicher Palästinenser, Theologe)



Einladung zur Teilnahme am G8 Gipfel in Heiligendamm

Alle Informationen im Internet unter <http://www.attac.de/heiligendamm07/>

ATTAC-SONDERZUG nach Rostock/Heiligendamm

Der Sonderzug Süd „A/By“ startet am 1. Juni – wie weitere auf anderen Strecken. Ab Salzburg über München – Augsburg – Nürnberg – Bamberg – Jena bis Rostock (2.6.)

Fahrkartenbestellung im Internet:

www.attac.de/sonderzug direkt zum Ticketverkauf

Fahrpreis (nur Hinfahrt) 55,-- Euro

Info für junge Erwachsene:

Das pax christi Jugendforum fährt auch vom 1. – 8. Juni zu den Gegenprotesten zum G8 Gipfel nach Heiligendamm. Nähere Infos können per Mail unter jugendforum@paxchristi.de abgerufen werden.

Eine Information von Attac-Augsburg, Weisse Gasse 3, 86150 Augsburg
Mail: augsburg@attac.de, Tel. 0151 18772239

Homepage in neuem Gewand

Seit Anfang März dieses Jahres zeigt sich die Seite www.augsburg.paxchristi.de den Besuchern im neuen Design. Neben der gewohnten Terminübersicht und Hintergrundinformationen der Bistumsstelle Augsburg sind einige Rubriken hinzugewachsen. So kann man Fotos von vergangenen Veranstaltungen betrachten, Redebeiträge und Briefe herunterladen, ebenso wie nach Gebeten suchen. Die Homepage befindet sich noch im Aufbau. So soll in den nächsten Wochen der „pax shop“ online gehen. Kritik und Anregungen sind jederzeit erwünscht.



Übersicht

- 11.-13.5. Bad Boll: pax christi Bundeskongress zur Nahostthematik
- 17.6. 20.30 Uhr Ausstellungseröffnung: „Palästina - Alltag unter Besatzung“
Politisches Nachtgebet zu Israel-Palästina in St. Moritz
- Vortragsreise Roni Hammermann:**
- 29.6. 20.00 Uhr Schwabmünchen, Evangelisches Gemeindezentrum, Holzeystr. 24
- 1.7. 19.30 Uhr Neusäß-Steppach, Pfarrei St. Raphael
- 2.7. 20.00 Uhr Weißenhorn, Nikolaus Kopernikus Gymnasium, Birkenweg
- 3.7. 20.00 Uhr Sonthofen, Pfarrheim St. Michael
- 4.7. 20.00 Uhr Kempten, Haus International
- 5.7. 20.00 Uhr Lindau, friedens räume
- 6.7. 19.00 Uhr Donauwörth, Münster-Pfarrheim
- 7.7. Augsburg: Weltkirchentag Haus St. Ulrich
- 4.7. 19.00 Uhr Augsburg, pax christi Friedensgottesdienst, Ulrichskirche
- 18.7. Augsburg: **2. Interreligiöser Friedenslauf**
- 14.10. **letzter Museumstag** friedens räume Lindau
- 14.10. 11.00 Uhr **pax christi Quartalsgottesdienst**, Augsburg, KHG
- 27.10. 9.30-16⁰⁰ Augsburg: pax christi **Einkehrtag** in der KHG, Edith-Stein Haus,
Augsburg Herman-Köhl-Str. 25
- 9.-11.11. Fulda: pax christi **Bundesdelegierten-Versammlung**
- 11.-21.11. Ökumenische Friedensdekade



pax christi Bistumsstelle Augsburg

Vorstand

Sprecherin Barbara Emrich, Clara-Hätzler-Str. 16, 86161 Augsburg, 0821/550832
Sprecher Dr. Jost Eschenburg, Scharnitzer Weg 4a, 86163 Augsburg, 0821/665817
Geistl. Beirat Siegfried Fackler, Maisingerschluchtstr.7, 82319 Starnberg., 08151/29501
Geschäftsführg. Christoph Poloczek, Ottmarsgäßchen 8, 86152 Augsburg

Beirat/in

(im Vorstand)

Beirätin Edith Neidlinger, Am Kirchberg 10 ½, 86485 Biberbach, 08271/3352
Beirat Michael Rösch, Seminarplatz 3, 82515 Wolfratshausen-Waldram, 0170/8021409

Hauptamtl. Friedensref.

Friedensarbeit für die friedensräume Christian Artner-Schedler, Ottmarsgäßchen 8, 86152 Augsburg., 0821/517751
Cornelia Speth, Kirchstr. 31c, 88138 Weißenberg, 08389/929580

Basisgruppen

Priesterkreis Dr. Michael Mayr, Stenglinstr. 3, 86156 Augsburg, 0821/4444648
Augsburg-West Gabi Adamietz, Stenglinstr. 3, 86156 Augsburg, 0821/4444648
Lindau Hannelore Deiringer, Motzacher-Haldenweg 5, 88131 Lindau, 08382/73274
Schwabmchn. Elisabeth Eisenbarth, Hauptstr. 73, 86853 Langerringen, 08232/2973
Sonthofen Karl Günthör, Arnikaweg 79, 87527 Sonthofen, 08321/9985
Donauwörth Anton Rathgeber, Lindenfeldstr. 15, 86647 Lauterbach, 08274/494
Weißenhorn Franz Snehotta, Geranienweg 17, 89264 Weißenhorn, 07309/425509

Sachgruppen

Soziale Verteidg. Dr. Jost Eschenburg, Scharnitzer Weg 4a, 86163 Augsburg, 0821/665817
Versöhnung Robert Genibor, Prof. Messerschmittstr. 29, 86159 Augsburg, 0821/582298
Israel-Palästina Magdalena Habrik, Landemarckstr. 13b, 86156 Augsburg, 0821/4440382
friedens räume Christian Artner-Schedler, Ottmarsgäßchen 8, 86152 Augsburg., 0821/517751

Weitere Beiräte Vertretungen

Asyl Dr. Monika Kaiser, Maienstr. 27, 86156 Augsburg, 0821/409811
Interrelig. Dialog Ulrich Hoffmann, Engelkellerstr. 23a, 89264 Weißenhorn, 07309/7341
Diözesanrat Dr. Bernhard Gruber, Schwabenstr. 7, 86316 Friedberg-West, 0821/64815
Augsbg. Friedens- Dr. Jost Eschenburg, Scharnitzer Weg 4a, 86163 Augsburg, 0821/665817
Initiative
attac Stefan Vogt, Langweiderweg 5, 86154 Augsburg, 0821/2182749



pax christi Bundesebene

pax christi
Deutsches Sekretariat
Feststraße 9
61103 Bad Vilbel

Tel.: 06101/2073
Fax: 06101/65165
e-mail: sekretariat@paxchristi.de
Internet: www.paxchristi.de

„friedens räume“

Villa Lindenhof-Lindau/Bad Schachen
mehr als ein museum
Trägerverein pax christi Diözese Augsburg e.V.
Lindenhofweg 25
88131 Lindau/Bad Schachen

Tel./Fax: 08382/24594
e-mail: friedensraeume@freenet.de
Internet: www.friedens-raeume.de

Bankverbindung: Bodenseebank Lindau
BLZ 73369821
Konto-Nr.: 403741 für pax christi - Stichwort friedens räume

Unterstützerverein

Freundeskreis
friedens räume e.V.
Lindenhofweg 25
88131 Lindau/Bad Schachen

Tel./Fax: 08382/24594